

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1949**

26 (1.7.1949)



# BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 5 / Nr. 26

Freitag, 1. Juli 1949

Preis 15 Pfg.

## Aus dem Inhalt:

Acheson's Kopfweh über China  
Von Willy Grimm

Wir zahlen bis zum Weißbluten  
Nachdenkliches über die Lage  
der Neubürger

Hutchinson — einst und jetzt  
Ein Kind ist geboren  
Von Andersen-Nexö

### Gebt Max Reimann frei!

Die Landesdelegiertenkonferenz der KPD Württemberg-Baden sandte folgenden Brief an Max Reimann:

Lieber Genosse Max Reimann! Die heutige Landesdelegiertenkonferenz der KPD Württemberg-Baden sendet Dir, dem ersten Vorsitzenden der Partei, brüderliche Kampfgrüße. Die Delegierten sind sich der Bedeutung der Tatsache bewußt, daß man Dich, der Du mit dem Genossen Renner im Parlamentarischen Rat das Gewissen der Nation verkörpertest, in einer Zeit gefangen hält, während die Wahlen zum Bundestag des westdeutschen Separatstaates den Spaltem Deutschlands Gelegenheit geben sollen, ihr schändliches Werk zu vollenden. Unsere Antwort ist gleichzeitig der Kampf um Deine Freiheit. Unsere Antwort ist die Verstärkung der nationalen Front gegen Ruhr- und Besatzungsstatut und gegen die koloniale Ausbeutung mit allen ihren schwerwiegenden Folgen für die Existenz und Lebenssicherheit unseres Volkes. Wir werden durch eine Vervielfachung unserer Anstrengungen dafür sorgen, daß eine starke Fraktion der KPD im kommenden Bundestag der Stimme und dem Willen unseres Volkes nach Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit Ausdruck gibt.

### Furcht vor der Kandidatur Max Reimanns

Der britische Militärgouverneur hat einen Antrag auf Haftentlassung Max Reimanns, die zur Wahrnehmung seiner Pflichten als Kandidat des Wahlkreises Dortmund erforderlich ist, abschlägig beantwortet. Die KPD solle sich vergewissern, ob eine Kandidatur Reimanns nach dem Bonner Wahlgesetz überhaupt möglich sei.

Der Parteivorstand der KPD stellt die Frage: „Will man den Vorsitzenden der KPD daran hindern, für den Bundestag zu kandidieren? Will man ihn behandeln, wie politische Häftlinge im dritten Reich behandelt wurden? Will man die Gesetze der Weimarer Republik, die politische Häftlinge als Überzeugungstäter anerkannten und ihnen das Wahlrecht und die Wählbarkeit zusicherten, im Falle Reimann verwerfen? Will man vor dem deutschen Volk und vor aller Welt demonstrieren, daß Max Reimann, der 6 Jahre lang in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Faschismus zubrachte, mundtot gemacht und aus der führenden parlamentarischen Körperschaft Westdeutschlands ausgeschaltet werden soll?“

### Ein Zeitungsverbot

Der Kampf für unsere nationalen und sozialen Interessen kann damit nicht unterbunden werden

Die kommunistische „Neue Volkszeitung“ in Dortmund ist mit sofortiger Wirkung von der britischen Militärregierung für 6 Wochen verboten worden. General Bishop, der das Verbot ausgesprochen hat, nahm dazu einen in der Zeitung veröffentlichten Leitartikel zum Anlaß. Mit dem Artikel seien Aktionen angeregt worden, die im Gegensatz zu den Maßnahmen der Alliierten in Deutschland ständen.

Die Zeitung hatte sich gegen die Demonstrationen gewandt und damit dem Ausdruck gegeben, was das ganze deutsche Volk bewegt. Arbeitsstätten werden vernichtet und lebenswichtige Industrien sind genommen. Dies in eindeutigem Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, nachdem die Demonstrationen mit dem Jahre 1947 beendet sein müssen. Die „Neue Volkszeitung“ hat in den Augen aller Deutschen ein berechtigtes soziales und nationales Interesse Deutschlands vertreten, indem es

## Im Streifenlicht gesehen

### Ostzone hilft Solingen

Eine sechsköpfige Solinger Handelsdelegation hat mit Firmen der Ostzone Abschlüsse in Höhe von 530 000 DM getätigt. Geliefert werden Taschenmesser, Rasiermesser, Haushaltschere, Maniküren und chirurgische Instrumente.

In der Ostzone hat Solingen, die Stadt mit 10 000 Kurzarbeitern und Erwerbslosen, das gefunden, was sie braucht: Absatz für ihre Erzeugnisse.

### Kim-Koo ermordet

In der Hauptstadt Seoul des immer noch amerikanischen besetzten Südkoreas ist der ehemalige Präsident der Exilregierung in Tschingking, Kim-Koo, ermordet worden. Kim-Koo war ein entschiedener Gegner des Präsidenten der südkoreanischen Republik Syngman Rhee. Der Ermordete trat für die Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas ein, eine politische Konzeption, die gegen die Interessen der USA und ihres Statthalters, Staatspräsidenten Rhee, in Südkorea gerichtet war.

### Westdeutsche Schifffahrt kommt zum Erliegen

Die westdeutsche Schifffahrt ist bis zu 50 Prozent beschäftigungslos. Teilweise haben in den großen Hafentenden des Rheins 500 Schleppkähne und über 100 Schleppboote mit einer Wartezeit von 25 bis 30 Tagen je Reise im vergangenen Monat stillgelegen.

### Italienischer Seelutestreck

Der Streik von 20 000 genuesischen Seeleuten hat sich ausgedehnt. Die Seeleute der

## Nationalistische Hydra erhebt wieder ihr Haupt

Die Tage des Herrenklubs und nationalistischer Verhetzung leben wieder auf

In Godesberg haben sich offen und frech wie vor 20 Jahren industrielle Scharfmacher, Generale und Bankiers ein Stelldichein gegeben. Von ihnen war dort Adolf Hitler als ihr „Führer“ erkoren worden, der auf der nationalistischen Welle zum Erfolg für sie und zum Unglück des deutschen Volkes reiten mußte. Jetzt wittern die Reaktionen in Westdeutschland wieder Morgenluft und glauben, ungestraft die Tage des Herrenklubs wieder aufleben lassen zu dürfen. Wer in Westdeutschland wähnte, der nationalistischen Hydra seien die Köpfe durch Entnazifizierungsgesetze abgeschlagen worden, der irrt sich. Im Klima demokratischer Züchtungsversuche in Westdeutschland schlüpft die alte Brut wieder aus ihren Eiern.

„Gemeinschaft unabhängiger Deutscher“ nannte sich der reaktionäre Klüngel, der sich in Godesberg ein Stelldichein gegeben hat. Der Industrielle von Ostau stand der Tagung Pate. Den Vorsitz führte Dr. Dix, bekannt aus den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg. Im Hintergrund stehen Dr. Schacht, General Halder, Sperrle, Dittmar

und Guderian. Der geistliche Rat Goebel leistet ihnen Gesellschaft. Generalmajor Remmer, der die Beteiligten des 20. Juli 1944 als damaliger Oberst an den Galgen lieferte, antichambrierte in „steter Bereitschaft“. Seine Figur im Kreis chauvinistischer Volksfeinde ist geradezu symbolisch.

Was dieser Klüngel unter dem Firmenschild „Gemeinschaft unabhängiger Deutscher“ sich als Programm ausgedacht hat, ist der alte, unbestimmte Rührbrei zur Entfesselung nationalistischer Instinkte. Die Reaktionen wissen, daß es eine deutsche nationale Frage gibt, die an die Lebenswurzeln unseres Volkes rührt. Darauf setzen sie ihre Spekulation, um mit den Schlagworten über „Schicksal“, „Schutz derer, die für ihr Vaterland eintraten“, „Bekanntnis zur deutschen Geschichte und Würde“ und „Heraus mit der Politik aus den Gemeinden“ die zeitliche Rattenfängermelodie des Braunauer anzustimmen. Sie kalkulieren was so oft in der deutschen Geschichte möglich gewesen ist und was auch Hitler gelang, wird auch ihnen Erfolg bringen. Ihr Ziel ist, berechnete nationale Gefühle und nationales Wol-

len wieder umzufächeln zur nationalistischen Verblendung des Volkes.

Die Godesberger Tagung der Schuldigen von gestern ist ein Alarmzeichen. Wo stehen wir bereits wieder? Daß diese Gesellschaft noch da ist, spricht allein schon Bände. Daß sie aktiv werden, ist eine Charakterisierung des Wesens unserer Demokratie. Daß sie hofft, einen Boden neuerdings für ihr Treiben zu finden, ist ein hartes Urteil über die Politik der westlichen Besatzungsmächte und die Parteien, die bedingungslos ohne eigenes Gesicht in ihrem Kielwasser segeln.

Schuldbeladene Reaktionen, Militaristen und Hasardeure können ihr Spiel wieder beginnen, wo die große Masse ihrer Opfer die Schrecken des Vergangenen noch nicht überstanden hat und in Not und Elend ertragen muß, was jene anrichteten.

Max Reimann ist im Gefängnis, die Reaktionen aber tagen. Mit der Taufe des kolonialen Weststaates feiern die berufenen Unheilbringer Wiedergeburt. Ein Menetekel! Wird es verstanden? W. G.

## Für die Partei, die ihren Rücken nicht beugt!

Appell des Parteivorstandes an alle Mitglieder der Partei

### Genossinnen und Genossen!

Der Wahlkampf steht bevor. Unsere Gegner werden alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen uns konzentrieren. Diejenigen, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes preisgegeben haben, wenden — um von ihrer schmachvollen Unterwerfung unter das Diktat der westlichen Besatzungsmächte abzulenken — die schmutzigsten und verlogensten Mittel gegen uns an. Wir sind die einzige Partei, die die gerechte Sache des deutschen Volkes vertritt, die ihren Rücken nicht beugt vor dem Regime der kolonialen Unterwerfung. Daher der Haß unserer Feinde, daher ihre Lügen, daher ihre Provokationen.

Genossinnen und Genossen! Die Spalter Deutschlands, die Hilfskräfte des Besat-

zungsregimes hoffen, daß unser Kampf durch die Verhaftung unseres Vorsitzenden, des Genossen Max Reimann geschwächt wird. Sie irren sich. Sie kennen nicht die Kraft unserer Partei, einer Partei, die das Glück und Wohl des deutschen Volkes über alles stellt. Sie kennen nicht den Opfermut und die Hingabe der Mitglieder einer Partei, die Menschen, wie den Genossen Max Reimann hervorbringt.

Genossinnen und Genossen! Geben wir ihnen durch unseren Wahlkampf die Antwort auf die Verhaftung unseres Max Reimann! Zeigen wir, daß der Versuch uns zu lähmen, unsere Kräfte verleiht, daß er uns täglich und stündlich anspornt und zum letzten Einsatz für die Partei, für unser deutsches Volk mahnt! Gestalten wir den Wahlkampf zu einem machtvollen Feldzug

für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit, für einen gerechten Frieden und für den Abzug der Besatzungstruppen! Es darf keine Genossin, keinen Genossen geben, der nicht aktiv am Wahlkampf Anteil nimmt! Kein Ort ohne Wahlversammlung! Keine Mauer ohne die Losungen und Wahlparolen unserer Partei! Keine Straßenecke ohne die Verteiler unserer Flugchriften! Kein Haus, kein Hof, in die wir nicht unsere Werbung tragen!

Genossinnen und Genossen! Seien wir der großen Verpflichtung bewußt, die auf unserer Partei im Kampfe um die nationale Selbstbestimmung und im Kampfe um den Frieden ruht! Kämpfen wir — wie Max Reimann kämpft!

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!

## Ruhmloses Ende des Berliner UGO-Krieges

Westberliner Kommandanten forderten zur Wiederaufnahme der Arbeit auf

Mit dem Ende der Pariser Konferenz hatte der UGO-Putsch in Berlin seinen Sinn verloren. Das frisch-fröhliche Westberliner Streiken hätte bestimmt weiter gehen können, denn ein Streik, der sich mehr als die Arbeit rentiert, kann notfalls bis in alle Ewigkeit geführt werden. Es machte unter diesen Voraussetzungen den westlichen Militärführern Mühe, sein Ende herbeizuführen.

sich gegen die „Konkurrenz-Demontage“ gewandt hat.

Es liegt auf der Hand, daß mit dem Verbot der „Neuen Volkszeitung“ die kommunistische Partei in der Vorbereitung der Wahl zum Bundestag gehindert wird. Wie gemeldet wird, sah sich selbst der von der Militärregierung eingesetzte Zonen-Presse-Rat der britischen Zone veranlaßt, gegen das von Generalmajor Bishop verfügte Verbot der „Neuen Volkszeitung“ Einspruch zu erheben.

zufahren. Sie mußten sich wohl oder übel entschließen, die Aktion der UGO gegen den Berliner Verkehr auf dem „Verordnungswege“ abzublenden. In einem Schreiben an den Westberliner Oberbürgermeister Professor Reuter ist dies nun geschehen. Der Westmagistrat wurde angewiesen, an Eisenbahner, die über den Dienstagmorgen hinaus der Arbeit fernbleiben, keine Arbeitslosenunterstützung mehr zu zahlen.

Eine Sonderbelastung von 397 000 DM wöchentlich, die in den Westzonen durch das „Notopfer Berlin“ mit aufgebracht werden mußte, entfällt für die Zukunft.

Die Leitung der UGO hat in den letzten Tagen eine große Kopflösigkeit gezeigt. Sie wußte nicht, wie sie die Fortführung ihres Berliner Krieges weiter erzwingen sollte. Noch am letzten Freitag hatte sie zur Blockierung des gesamten Eisenbahnverkehrs nach der Ostzone aufgefordert.

Die Aufforderung der westlichen Militärkommandanten auf Abbruch ist nicht uninteressant. Sie mußten auf die verpflichtenden Pariser Abmachungen hinweisen, die die Wiederherstellung normaler Verhältnisse in Berlin, den freien Handel und der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West fordern.

Der britische Kommandant, General Bourne, meinte, es seien bei dem Vorgehen der UGO offenbar die ersten wirtschaftlichen Folgen nicht genügend in Betracht gezogen und die gemachten vernünftigen Angebote über die Lohnzahlung in Westmark nicht ausreichend gewürdigt worden. 60 Prozent der Löhne in Westmark zu zahlen, hat sich die Eisenbahndirektion bereits vom ersten Tag an bereit erklärt. Der Westberliner Magistrat wurde nun zum Umtausch der restlichen 40 Prozent im Verhältnis 1:1 ermächtigt. Ohne nochmalige Urabstimmung hat die Leitung der UGO den Abbruch des Streikes nunmehr beschlossen. Ein recht ruhmloses Ende seiner politischen Aktion in Berlin.

### Kohlenbergarbeiter Australiens streiken

Seit Montag sind 23 000 Bergarbeiter der Australischen Kohlengruben im Streik. Sie verlangen eine Erhöhung ihres Lohnes um 4,48 Dollar in der Woche und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Der Streik wird große Auswirkungen haben, denn er zieht unmittelbar weitere Industrien, die von der Kohlenversorgung abhängig sind, in Mitleidenschaft. Die Aussicht der australischen Bergarbeiter sich durchzusetzen, ist groß. Der Australische Ministerpräsident glaubte den Streikenden Abbruch tun zu können, indem er die Kommunisten für den Streik verantwortlich machte.

## Die Front über alle Parteigrenzen hinweg

Kommuniqué der 12. Sitzung des Parteivorstandes der KPD

Am 23. und 24. Juni trat der Parteivorstand der KPD zu seiner 12. Tagung in Frankfurt am Main zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen, die ohne den widerrechtlich in Haft gehaltenen I. Vorsitzenden der KPD durchgeführt werden mußten, standen die Wahlen zum westdeutschen Bundestag am 14. August 1949. In einem Begrüßungsschreiben an Max Reimann unterstrich der Parteivorstand, daß die KPD in den

Wahlkampf im Geiste und mit der Leidenschaft ihres Parteivorsitzenden gehen wird.

Walter Fisch erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats des Parteivorstandes in der seit der letzten Tagung verfloßenen Periode. Gustav Gundelach sprach über die Lage in Hamburg. Kurt Müller, der stellvertretende Vorsitzende der KPD legte in dem Hauptreferat der Tagung über „Die Ergebnisse der Pariser Außenminister und die Entwicklung der Nationalen Front“ dar, daß ein westdeutscher Staat nichts anderes als eine ausgebeutete Kolonie sein kann und daß nur die wirtschaftliche und nationale Einheit Deutschlands dem deutschen Volk eine friedliche und menschenwürdige Zukunft geben könne. Er zeigte auf, daß die Kommunisten in der Stunde, in der es um die Entscheidung über die Zukunft unseres Landes geht, alles daran setzen um die Schaffung einer nationalen Front aller Deutschen, einer Front die über alle weltanschaulichen und religiösen Gegensätze hinweggeht, zu ermöglichen. Um diese nationale Einheit zu erreichen scheuen die Kommunisten keine Opfer und keine Anstrengungen.

### Eine Frage - keine Antwort

Landtags-Abg. Ruess (KPD) erhielt von dem Verkehrsminister Steinmeyer auf seine Frage keine Antwort, warum plötzlich Angehörige der Bahnpolizei, die zum Teil schon zwanzig Jahre Dienst tun, beurlaubt worden seien. Gen. Ruess stellte die Frage, ob das „Links-Eingestell-Sein“ der Beamten den Grund dafür abgeben habe. Er verglich damit den Erlaß, nachdem ehemalige Nationalsozialisten wieder in den Bahnpolizeidienst eingestellt werden können, und wollte beantwortet haben, wie sich diese Vorgänge mit den Bestimmungen unserer Verfassung vertragen.

Bei den Wahlen zum Bundestag geht es darum, ob das deutsche Volk als freies demokratisches Volk Herr im eigenen Haus ist oder ob es zu einem ausgebeuteten und unterdrückten Kolonialvolk herabgewürdigt wird. Es geht darum, ob Deutschland einen Friedensvertrag erhält, der seine Einheit und Unabhängigkeit gewährleistet oder ob Deutschland endgültig in Stücke gerissen wird. Die kommunistische Partei repräsentiert in der kommenden Wahl mehr als eine Partei, sie ist das nationale Gewissen des Volkes.

Nach einer eingehenden Diskussion nahm der Parteivorstand einstimmig das Wahlprogramm an, in dem die KPD das deutsche Volk aufruft, die große Front aller nationalgesinnten Menschen zu schließen und in dem die Forderungen niedergelegt sind, die den Lebensinteressen unseres Volkes entsprechen und für die die Abgeordneten der Kommunistischen Partei eintreten werden. Ebenfalls einstimmig wurde ein soziales Wohnungsbauprogramm der Kommunistischen Partei beschlossen.

### Keine der Besatzungsmächte

wird von der KPD auf den Knien gebeten, in Deutschland zu bleiben. Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier (DVP) aber ist anderer Meinung. Mit seiner Bitte an die westlichen Besatzungsmächte, hier zu bleiben, spricht er aber nur den Wunsch aus, den die anderen Regierungsparteien, CDU und SPD, teilen.

Wer glaubt, daß wir statt Besatzungskosten zu zahlen, Wohnungen bauen sollten, wer einen baldigen Friedensvertrag und Abzug aller Besatzungstruppen wünscht, der wählt am 14. August 1949 die Kommunistische Partei Deutschlands.

Postfach  
Landesbibliothek



### Die Landesliste der KPD

Am vergangenen Sonntag wählte in Stuttgart die Landesdelegiertenkonferenz der Kommunistischen Partei Württemberg-Baden die Kandidaten für die Landesliste zu der Bundestagswahl am 14. August. Die Liste hat folgendes Aussehen: 1. Hermann Nuding, MdL, Mitglied des Parteivorstandes; 2. Robert Leibbrand, MdL, Landesvorsitzender; 3. Rudolf Kohl, MdL, Arbeitsminister a. D.; 4. Anette Langendorf, MdL, Angestellte, Mannheim; 5. Willi Bettinger, Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen; 6. Eugen Eberle, Betriebsratsvors. Bosch; 7. Erwin Schick, Pforzheim, Vorsitzender des Bundes der Pfliegergeschädigten; 8. Karl Morschhäuser, Mannheim, Gewerkschaftssekretär; 9. Karl Sauer, Eßlingen, Vertreter der Flüchtlinge in den Landtagsausschüssen; 10. Fritz Brütisch, stellv. Vorsitzender im Stadtjugendausschuß Stuttgart; 11. Hans Rueff, Eßlingen, Gewerkschaftssekretär; 12. Gertrud Strobach, Hausfrau, Stuttgart; 13. Alfred Rickert, Eßlingen, Innungsoberrmeister; 14. Robert Klausmann, MdL, Karlsruhe; 15. Gertrud Fröhlich, MdL, Hausfrau, Stuttgart; 16. Julius Schätzle, MdL, Stuttgart.

### Wahlsieg der KP in Triest

Einen außerordentlichen Wahlerfolg erzielten die Kommunisten bei den Nachwahlen in 5 Ortschaften der britisch-amerikanischen Zone des Freistaates Triest. Bei einer Wahlbeteiligung von über 90 Prozent erhielten die Kommunisten 52 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Für die Kommunisten stimmten 7036, für die Titogruppe 1353, für die Slavische Front 1902 und für alle übrigen Parteien zusammen 3418 Wähler.

### Die holländischen Gemeindewahlen

Bei den holländischen Gemeindewahlen, die in der vergangenen Woche stattgefunden haben, verteilten sich die 3 1/2 Millionen abgegebenen Stimmen in Prozentsätzen ausgedrückt wie folgt: Kommunisten 10,5 (11,1) Prozent, Partei der Arbeit (SP) 30,3 (29,9) Prozent, Katholische Volkspartei 26,3 (25,9) Prozent, Christliche Parteien 20,9 (20,9) Prozent, Volkspartei für Freiheit und Demokratie 9,3 (8,8) Prozent.

In Amsterdam wurden die Kommunisten die zweitstärkste Partei. Die Partei der Arbeit erhielt 14, die Kommunisten 12, die Katholische Volkspartei 9, die protestantischen Gruppen 6 und die Volkspartei 4 Sitze.

### Stadtverordnetenwahlen in Ennepetal

Kreis Ennepe (Ruhr) hat als neue Stadt Ennepetal, die durch die Zusammenlegung von Milse, Alteneerde und Woerde entstanden ist. Die Wahl der Stadtverordneten zeitigte nachstehendes Abstimmungsergebnis: KPD 1229 (1118), SPD 5073 (4356), FDP 3611 (2938) CDU 2996 (2689).

### Frauen bestimmen Wahlausgang in Belgien

Die belgischen Parlamentswahlen brachten einen Verlust der beiden Linksparteien, wobei der Verlust der Kommunistischen Partei bei weitem größer als der der Partei der Arbeit ist. Die erstmalige Beteiligung der Frauen an den Parlamentswahlen ist die Erklärung für die Schwächung der Linksparteien. Die Frauen, die 200 000 Stimmen mehr als die Männer stellten, haben sich in ihrer überwiegenden Mehrheit für die bürgerlichen Parteien, vor allem für die Christlich-sozialen Partei entschieden. Der Einfluß des Klerus auf die Frauen ist in Belgien — es ist auch anderwärts, wenn auch nicht so kraß der Fall — stärker wie auf die Männer.

Die Sitze in der Abgeordnetenkammer verteilen sich wie folgt: Christlich-Soziale 103 (Gewinn 13), Sozialisten 66 (Verl. 3), Liberale 29 (Gew. 12), Kommunisten 12 (Verl. 11). Den Christlich-Sozialen fehlen in der Abgeordnetenkammer zwei Stimmen zur absoluten Mehrheit, während sie diese im Senat haben. Unter der Führung dieser Rechtspartei ist in Belgien ein Koalitionskabinett mit den Sozialdemokraten zu erwarten.

### Befürchtungen um Indochina

Der konservative Londoner „Observer“ veröffentlichte am 19. Juni einen Originalartikel aus Saigon, in dem die französische

## Wir zahlen bis zum Weißbluten!

350 Millionen DM Besetzungskosten in Württemberg-Baden — Ein Viertel aller Ausgaben — 56 Millionen DM für 47 000 DP's — 45 Millionen DM für 700 000 Neubürger

Stuttgart. (VST) Im Rahmen der Etatberatungen gab Abg. Leibbrand (KPD) den Bericht über Besetzungskosten und Kosten durch Besetzungsaufgaben. Die Besetzungskosten betragen in den Landestellen Württemberg und Nordbaden zusammen für das Etatjahr 1949/50 350 Mill. DM, das ist ein Viertel aller Ausgaben des Landes. Der Rückgang gegenüber dem Etatsansatz des Vorjahrs mit 430 Mill. DM ist geringer, als es erscheint. So hat u. a. bei den anteilig zu übernehmenden Besetzungskosten Bremen die sehr hohen Hafenkosten nicht angefordert, hält sich aber an den Zöllen und Steuern (Zigaretten!) aus der Einfuhr schadlos.

Die Militärregierung vertritt im übrigen die Auffassung, daß die 350 Mill. DM um weitere 15 Mill. DM erhöht werden sollen. Den höchsten Anteil an den Besetzungskosten stellen 158 Mill. DM für Requisitionen aller Art, das sind 38 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Die nächst höhere Summe sind die 81 Mill. DM, die für Löhne und Gehälter für Angestellte und Arbeiter der Besetzungsmacht beansprucht werden. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr ist nur scheinbar, da die Summen an anderer Stelle des Etats unter „Arbeitsgeberanteile zur Sozialversicherung“ usw. erscheinen. Die Militärregierung gestattet nicht, daß diese Ausgaben unter den unmittelbaren Besetzungskosten angeführt werden. Der Berichterstatter meinte dazu: „Der Sinn dieser Bestimmung ist wohl der, daß bei einer späteren Gesamtregelung der deut-

schen Reparationsverpflichtungen nur die anerkannten Besetzungskosten, nicht aber die andern, aus der Besetzung erwachsenen Ausgaben angerechnet werden könnten. Zu den nicht als unmittelbaren Besetzungskosten anerkannten Ausgaben gehört auch die Summe von 36 Mill. DM für die Versorgung der DP's. Damit sind aber die Ausgaben für die DP's keineswegs alle erfasst, denn in den erwähnten 81 Mill. DM für Löhne und Gehälter sind mindestens 20 Mill. DM für das Personal der IRO enthalten.

Das ergibt, daß mindestens 56 Mill. DM für die rund 47 000 registrierten DP's vorgesehen sind. Für die rund 700 000 Neubürger in unserem Lande aber können nur 45 Mill. DM ausgegeben werden.

Auf je vier DP's kommt ein Angestellter der IRO. Während das Personal der Besetzungsmacht sich vermindert, zeigt die Zahl der Angestellten der IRO steigende Tendenz. Die Abwanderung der DP's wird fast völlig ausgeglichen durch einen Neuzustrom.

### Württemberg Eldorado der DP's

Wörtlich fuhr der Berichterstatter weiter fort: „Ich muß es mir in meiner Eigenschaft als Berichterstatter versagen, darauf einzugehen, wie weit diese Grenzgänger von 1946 und 1949 überhaupt als „politische Flüchtlinge“ anzusprechen sind.“

Aber ganz unbestritten ist, daß sie auf keinen Fall mehr als „Zwangsverschleppte“ betrachtet werden können, daß daher auch

die Verpflichtung deutscherseits, diesen Personen eine bevorzugte Versorgung gegenüber der eigenen Bevölkerung und den deutschen Flüchtlingen zu gewähren, bestritten werden muß. Es ist uns weiter berichtet worden, daß vielfach bei der Auflösung von DP-Lagern in anderen Ländern die DP's nach unserm Land, speziell nach Württemberg überführt werden, so daß scheinbar die Absicht besteht, Württemberg zum Auffanggebiet zu machen, in dem die DP's noch am längsten verbleiben können.

Auf die Wertschätzung für unsere Heimat, die darin zum Ausdruck kommt, wollen wir in diesem Falle sehr gerne verzichten.“

### Kaum anders als diktiert

Da der Finanzausschuß an diesen Besetzungsausgaben keine Veränderungen vornehmen kann, sondern an die Weisungen der Besetzungsmacht gebunden ist, können sie vom Landtag nur zur Kenntnis genommen werden. Zu einem Ordnungsruf kam es, als Abg. Leibbrand äußerte: „Ein Vertreter der Militärregierung hat uns kürzlich bei einer Besprechung weiszumachen versucht, daß die Besetzungskosten eigentlich gar keine Belastung für unser Land bedeuten würden.“ Präsident Keil setzte die Glocke in Bewegung und sagte, daß es nicht angängig sei, von der Militärregierung in dieser Form zu sprechen. Unter verständnisvollem Lachen des Hauses fuhr Leibbrand fort, „ein Vertreter der Militärregierung versuchte uns klarzulegen, daß die

## Das Nein der Kommunisten zum Haushaltetat

Maßnahmen, die das schaffende Volk hart treffen

schon heute auf der Höhe von 10 Milliarden DM bewegen. Diese Verschuldung stehe einer vernünftigen Zukunfts-Entwicklung im Wege. Heute sei schon offenbar, daß die Wertigkeiten die daraus resultierende Last tragen sollen.

Ueber den Finanzausgleich unter den Ländern bemerkte Gen. Kohl, daß ausgerechnet dem lautesten Rufer für Förderalismus, der bayerischen CSU-Regierung ein Zuschuß von 100 Millionen DM zu zahlen sei. Damit könnten dann das pompöse Parlamentsgebäude in München bezahlt und den bayerischen Beamten Leistungszulagen gewährt, die denen in Württemberg-Baden vorenthalten werden. Der Etat sehe eine Erhöhung der Steuervoranschläge vor, die ausgerechnet das werktätige Volk hart treffen müsse. So wird eine Einnahmeerhöhung aus der Lohnsteuer um 27 Millionen, aus der Umsatzsteuer um 30 und aus der Zuckersteuer um 3 Millionen DM „geplant“.

Die für den sozialen Wohnungsbau ausgegebenen 35 Millionen DM haben keine Auswirkung auf die Beschäftigungslage ge-

zeitigt, es frage sich, wohin die Mittel gegeben und für was sie verwendet wurden. Zum Schluß seiner Ausführungen beschuldigte sich Gen. Kohl mit der Frage, was aus dem seinerzeit angenommenen Antrag, die KB-Renten um 20 Prozent zu erhöhen, geworden sei. Im Etat seien für die Durchführung dieser Erhöhung keine Mittel vorgesehen. Überraschenderweise stellt sich das Arbeitsministerium auf den Standpunkt, daß eine Erhöhung nicht zweckmäßig sei.

Die Praxis des Sozialversicherungsanpassungsgesetzes habe sich als zweifelhaft erwiesen. Ein großer Teil der Rentenempfänger beziehe, wegen der geringen Höhe dieser, noch Fürsorgeunterstützung und man habe die Rentenerhöhung einfach dadurch illusorisch gemacht, daß man den erhöhten Rentenbetrag an der bisher gewährten Fürsorgeunterstützung abgezogen habe. Die Aermsten unter den Rentenempfängern seien deshalb genau so schlecht dran, als sie es zuvor gewesen sind. Die kommunistische Landtagsfraktion konnte aus all den Gründen dem Haushaltsplan für das Jahr 1949 ihre Zustimmung nicht geben.

## Pressestimmen

### Englische Währungsorgen und Marshall-Plan

Die Weigerung, das englische Pfund den europäischen Währungen anzupassen, beeinträchtigt nicht nur das englische Gleichgewicht. Sie blockiert gleichzeitig alle Verhandlungen über den Warenaustausch und die Regelung der Beziehungen im Schoße der europäischen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Engländer, so hat man erklärt, wollen keine Konvertierbarkeit der europäischen Währungen untereinander. Sie befürchten Verluste an Gold und Dollars, besonders zum Nutzen von Belgien. Diese Furcht hätte keinerlei Existenzberechtigung, wenn ein „angemessener“ Kurs es England ermöglichen würde, seine Handelsbilanz mit seinen Gläubigern auszugleichen. Wir werden noch Gelegenheit haben, aufzuzeigen, wie diese Politik die auf Autarkie ausgerichteten Bestrebungen und die nationalstaatlichen Ziele der Mitgliedstaaten des europäischen wirtschaftlichen Ausschusses verstärkt.

Die Differenzen auf kommerziellem und wirtschaftlichem Gebiet sind vielleicht seit der Befreiung zwischen London und Washington nie so groß gewesen. Um den Verlauf der kommenden Ereignisse zu verstehen, wird es gut sein, dies schon heute zur Kenntnis zu nehmen.

Die Fragen, die mit dem Problem des englischen Pfundes verbunden sind, sind so weitgehend, und so heikel, daß alle dafür Verant-

wortlichen eine Probe ihrer außerordentlichen Verständigungsbereitschaft ablegen müssen. Und vor allem dürfen sie das nicht vergessen: Moskau beobachtet sie. Le Monde, Paris.

### Gleichgewicht der Kräfte in der ganzen Welt geändert

Bisher war ein neuer Krieg die Hauptfurcht des kleinen Mannes überall. Jetzt ist es eine neue amerikanische Krise. Und dies ist keine geringere Furcht, denn wenn die USA wirtschaftlich krank werden, dann wird das Gleichgewicht der Kräfte in der ganzen Welt geändert. The Observer, London.

### Viel mehr als man erwarten konnte

Ein Modus vivendi zwischen den zwei Hälften Deutschlands und ein österreichischer Vertrag sind viel mehr, als man vernünftigerweise erwarten konnte. The Times.

### Merkwürdige Demontage

In den chemischen Werken Bergkamen haben die Demontearbeiten zur allgemeinen Überraschung beim Betriebsratsbüro begonnen. Das Büro liegt überhaupt nicht im Bereich der zu demontierenden Anlagen. Die Arbeiter mußten die Fenster zerschlagen, die Türen herausreißen und die Aktien vernichten. Das Mobilar wurde entfernt. Der Betriebsratsvorsitzende will Wirtschaftsminister Nöbling von dieser nicht ganz einwandfreien Handlungsweise unterrichten. Allgemeine Zeitung.

## Ein Jahr darnach

Auch Erhard kann die Lawine nicht aufhalten

Unsere derzeitigen Regierungschefs, Verwaltungsdirektoren und Parlamentarischen Räte sind im allgemeinen recht freigiebig mit der Proklamierung von „historischen Wendepunkten“. War es der Beginn des Marshall-Plans oder die Unterzeichnung des Atlantik-Paktes oder die Verkündung des Grundgesetzes — immer war der Tag des Ereignisses eine — geschichtliche Wende. Merkwürdigerweise ist der erste Jahrestag der Währungsreform in Deutschland in offiziellen Kreisen ziemlich unbeachtet geblieben und doch wird der 20. Juni 1948 dereinst in die Geschichte eingehen als der Schicksalstag für die kapitalistische Welt und Gesellschaftsordnung. Er wird die gleiche Bedeutung für den Kapitalismus haben wie der 1. September 1939 für den Faschismus. Und gleich wie Hitler an jenem 1. September 1939 nicht ahnte, daß er die Lawine ins Rollen gebracht hatte, die ihn und seine faschistischen Spießgesellen und Mitläufer in den Abgrund reißen sollte, so hat an jenem 20. Juni 1948 Herr Wirtschaftsdirektor Professor Erhard auch nicht geahnt, daß er dem Kapitalismus in Europa einen Herostanddienst leistete, als er die Schleusen öffnete und die verheerende Flut der „freien Wirtschaft“ über die westlichen Besetzungszonen hinwegbrausen ließ. Mit der unaufhaltsamen Wucht einer Lawine hat diese Währungsreform und Freiwirtschaft sich ihren eigenen Weg

gebahnt, anders als es der Herr Wirtschaftsdirektor, der sie ins Rollen brachte, es sich gedacht hat, und nun gibt es kein Zurück, kein Umlenken mehr — das Verhängnis muß und wird seinen Lauf nehmen wie ein elementares Naturereignis, vor dem jede Menschenmacht versagt.

Man könnte Spalten und Spalten füllen, wollte man alle die sozialen Ungerechtigkeiten, ja Unmenschlichkeiten und die wirtschaftlichen Unsinnigkeiten aufzählen, die im Zeichen der Währungsreform und Freiwirtschaft in dem nun abgelaufenen ersten Jahr begangen wurden. Gerade mit seinem künstlich zur Schau getragenen Optimismus und seinen jüngsten Maßnahmen straft Wirtschaftsdirektor Erhard sich selbst Lügen. Einmal wird die unaufhaltsam wachsende Arbeitslosigkeit bagatellisiert mit allerhand statistischen Taschenspielerereien und der Deklarierung der Million Erwerbslosen als ehemalige Schwarzhändler, Arbeitsscheue usw., mit Hinweisen auf saisonmäßige Fluktuation und „Umschichtungsprozesse“ auf dem Arbeitsmarkt. Dann aber erscheint dieser „Gesundungsprozeß“ und die „Rationalisierung“ in den Betrieben, d. h. die Abstoßung von Hunderttausenden Beschäftigter zugunsten gleichbleibender Profite — Herr Erhard doch so bedenklich, daß er plötzlich seine frühere so unachgiebige Haltung in der Kreditfrage geändert hat und nun die Milliarden für Kredite, In-

vestitionen und Wiederaufbau nur so aus dem Ärmel schüttelt. Was steckt aber in Wirklichkeit hinter diesen Propaganda-Milliarden?

293,1 Millionen hat Erhard für Wohnungsbau in seinem Finanzplan vorgesehen. Das ist ein geradezu lächerlich geringer Betrag, wenn man die ungeheuerliche Wohnungsnot, die Bedeutung der Bauindustrie für die Gesamtwirtschaft und die auf ein Mehrfaches steigende Baukosten bedunkt. Fast der dreifache Betrag wurde bei den Bausparkassen aufgebracht. Hier handelt es sich aber nicht um Schaffung von Wohnraum für die breite Masse, sondern das so knappe und teure Baumaterial wird für Villen, Einfamilienhäuser verwendet und im Einklang damit steht der Plan der kapitalistischen Kräfte, die Erhards Wirtschaftspolitik beherrschen, für Neubauten die Wohnraumbewirtschaftung aufzuheben, d. h. also, daß für den, der hohe Mieten zahlen oder selbst bauen kann, Wohnraum in jeder gewünschten Menge zur Verfügung steht, während die minderbemittelte breite Masse des schaffenden Volkes eng zusammengepreßt oder gar in Kellerkloßern und Ruinen weiter vegetieren muß.

Einen weiteren Beweis für die ungeheuerliche Fehlleitung der Kaufkraft durch Währungsreform und Freiwirtschaft liefert die Reichsbahnleihe. Das bisherige Zeichnungsergebnis von 50 Millionen stellt nur ein Zehntel des erhofften Betrages dar und auch die Verlängerung des Zeichnungstermins wird das jämmerliche Ergebnis nicht verbessern, denn die kleinen Sparer, die

gerne eine sechsprozentige Verzinsung ihres Spargroschens annehmen würden, scheiden aus Selbst wenn sie nach ihrer Enttäuschung durch die Währungsreform noch einmal Vertrauen fassen wollten, so haben sie keine Möglichkeit zu sparen, denn ihr Einkommen reicht nicht einmal für die Sicherung der nackten Existenz. Die Kreise aber, die heute als Währungs- und Hortungsgewinnler, als Großverdiener infolge der ungeheuerlichen Wucherpreise Milliarden verdient haben, sind andere Profite gewohnt als die sechs Prozent der Reichsbahnleihe. Unter 50 Prozent Verdienst machen sie es bei keinem Geschäft! Vergeblich ertönt der Sirenenruf nach den kleinen Sparern — die Währungsreform hat sie für immer hinweggerafft. Das ist der Fluch der bösen Tat...

Nichts kann die Hilflosigkeit aber auch die Unfähigkeit der Kreise, die heute die deutsche Wirtschaft führen, besser kennzeichnen als zwei Verlautbarungen, die in einer der letzten Ausgaben des „Mannheimer Morgen“ gleichzeitig erschienen. Auf der zweiten Seite hieß es in einem Bericht über die Rundfunkansprache des Präsidenten des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder: „Er wies auf die Notwendigkeit hin, daß sich die Bevölkerung durch Sparen selbst an der Finanzierung der Investitionen beteiligen müsse. Wir kommen nicht wieder hoch, wenn nicht gespart wird.“

Aber im Handelsteil der gleichen Nummer stellt der Leitartikel Weber, ein fanatischer Vertreter der Erhard'schen Freiwirtschaft in einem Artikel „Die Not der Kleinen“ folgende Tatsache fest:

Ausgaben zum größten Teil ja direkt oder indirekt in Löhnen und Gehältern bestehen würden, und daß ja auch die durch Kasernenbauten und andere Anlagen geschaffenen Werte im Lande verblieben.

So könnte man schließlich auch noch beweisen, daß wir aus den Besetzungskosten sogar noch einen Gewinn hätten.

Es kommt doch darauf an, was für die Löhne und Gehälter an wirklichen Werten geschaffen wird. Und es ist auch ein Unterschied, ob Kasernen und militärische Anlagen oder Wohnungen gebaut werden.

Hätten wir die Möglichkeit, auch nur die Hälfte der Besetzungsausgaben für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden, so würde damit nicht nur eine fühlbare Linderung der Wohnungsnot erreicht, sondern auch eine sehr wesentliche Belebung unserer gesamten Wirtschaft.

### Regierungsparteien bedienen Steuer-schraube

In der Landtagssitzung vom 21. Juni wurde gegen die Stimmen der Antragsteller ein kommunistischer Antrag abgelehnt, der die Staatsregierung ersuchte, im Frankfurter Länderrat und Wirtschaftsrat für die Aufhebung der Abgabe „Notopfer Berlin“ einzutreten. Die Luftbrücke ist überflüssig geworden, aber welche Summen man mit ihrer Hilfe aus den Bürgern herauspressen kann, das ist nicht überflüssig für die CDU-, SPD- und DVP-Vertreter geworden.

### Hat CDU Furcht vor Militärregierung?

Die Abstimmung über einen Antrag der kommunistischen Fraktion in der Landtagssitzung vom 21. Juni 1949 zu den Besetzungskosten wurde durch Einspruch der CDU bis zur dritten Beratung zurückgestellt. Der Antrag hatte einen Beschluß darüber verlangt, daß eine Abordnung des Landtages der Militärregierung die dringliche Notwendigkeit einer Senkung der im vorliegenden Etat 350 Mill. DM betragenden Besetzungskosten vortragen solle, mit dem Ersuchen, diese Ausgaben um mindestens 80 Mill. DM zugunsten des sozialen Wohnungsbaues zu ermäßigen.

### Keine Rente — und warum nicht!

Aus dem Bericht zu den Besetzungskosten im Landtag entnehmen wir, daß bei Schäden, die durch Verkehrsunfälle oder auch durch kriminelle Vergehen durch Besetzungsberechtigten, wie z. B. der mehrfache Mord am Pragwirtschaus in Stuttgart, die Militärregierung keine Rentenzahlung für den Geschädigten bzw. für seine Familienangehörige, sondern nur eine einmalige Kapitalabfindung gewährt. Die vor der Währungsreform betroffenen Personen werden in einer äußerst schwierigen Lage. Der Berichterstatter äußerte, wenn es die Militärregierung auch verbiete, solche Ausgaben auf das Konto der indirekten Besetzungskosten zu setzen, so sei es eben dann doch Pflicht der deutschen Behörden, auf andere Weise die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen.

### Verfassungsbruch „als Beinahe-Wunder“

In Form einer großen Anfrage hatte die kommunistische Landtagsfraktion den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier zur Frage seiner Mitbeteiligung am Bruch des Bonner Grundgesetzes bei der Verabschiedung des Wahlgesetzes durch die Ministerpräsidenten, gestellt. Abg. Leibbrand, der die Anfrage begründete, erklärte dazu, daß die Militärregierungsverneuerung zwar Macht und Recht hätten, sich über das Grundgesetz hinwegzusetzen, für die Ministerpräsidenten aber eine Verantwortung vor dem deutschen Volk bestehe. Wenn diese schon eine Anweisung erhalten hätten, warum seien sie dann über die Anweisungen hinausgegangen und hätten von sich aus Änderungen vorgeschlagen, bei denen sie sich im klaren sein mußten, daß die Mehrheit des Parlamentarischen Rates sie niemals gebilligt hätten. Die Ministerpräsidenten hätten sich eines klaren Verstoßes gegen die politische Fairneß schuldig gemacht. Wenn jemand komme und frage, warum die Kommunisten gegen den Bruch der Bonner Verfassung auftraten, dann sei ihm gesagt, daß es sich hierbei um einen gefährlichen Präzedenzfall handele, bei dem die Rechte der Volkvertretung eingeschränkt wurden, indem die Exekutive in deren Rechte eingegriffen habe. Dies lasse für die Zukunft das Allerschlimmste befürchten. Das mindeste, was das Volk erwarten müsse, sei, daß wenigstens die Mehrheit der regierenden Parteien, die von ihnen geschaffenen Gesetze einhält.

Ministerpräsident Dr. Maier versuchte unter Hinweis darauf, daß das Besetzungsstatut noch nicht in Kraft getreten sei, den Bruch des Grundgesetzes durch die Ministerpräsidenten zu bestreiten. Die Zweidrittelmehrheit für das Wahlgesetz habe im Parlamentarischen Rat nicht bestanden und ein uneinheitsliches Wahlgesetz hätte gedroht. Daß die Ministerpräsidenten in „turbulenten Verhandlungen“ sich durch das „Labyrinth der Zuständigkeiten und Unzulänglichkeiten“ hindurchgewunden hätten, um das Wahlgesetz zu verabschieden, bezeichnete er als „beinahe ein Wunder“. Dies sagt alles!

... nachdem festgestellt ist, daß die geringen Lohneinkommen, die nach Abzug der Steuern verbleiben, die Kreise niedriger Einkommensträger nicht einmal in die Lage versetzen, die Steuervergünstigungen aus Ersatzbeschaffungen, aus Sparvorgängen zu genießen, weil sie eben nicht, aber auch gar nichts entbehren von ihrem Einkommen und von der Hand in den Mund leben.“

Das ist die wahre Ursache der von Erhard so dreist als „Gesundungsprozeß“ bezeichneten Krise der deutschen Wirtschaft, zumal der unaufhaltsam wachsenden Arbeitslosigkeit. Auch die Kreditaktion, auf die sich Erhard nun wider seinen Willen doch eingelassen hat, kann und wird daran nichts ändern, sie ist nur eine Spritze am falschen Objekt, denn nicht die Wirtschaft braucht Geld, sondern der kleine Mann, dem die Kaufkraft fehlt. Die Differenz zwischen den Preisen und den Einkommen ist viel zu hoch. Entweder muß eine Halbierung der jetzigen Preise eintreten oder eine Erhöhung der Löhne und Gehälter der niederen Einkommen-Gruppen, Sozialrentner usw. Dazu wird sich aber Erhards Freiwirtschaft niemals entschließen können und so wird sich das Schicksalsrad weiter drehen wie schon einmal bei 1933: Sinkende Kaufkraft — daher sinkende Absatz — daher sinkende Produktion — daher wachsende Arbeitslosigkeit und infolgedessen weiter sinkende Kaufkraft und so weiter — bis sich das Rad immer schneller dreht, dem Abgrund entgegen, in dem der Moloch Kapitalismus, nachdem er noch einmal Millionen Opfer gefordert hat untergehen wird! Ar:gu



Zur Wahrung der Rechte des Stadtrats!

Nach den Gemeinde- und Bürgermeisterwahlen hat sich der Mannheimer Stadtrat eine Satzung geschaffen, die den Rahmen für seine Arbeit abgeben sollte. Das Ziel dabei war, die Kompetenzen des Gesamtstadtrats, seiner Ausschüsse und der Verwaltung abzugrenzen. Bei den damaligen Beratungen kam mehrfach zum Ausdruck, daß die geschaffene Satzung nicht ein für allemal gegeben und nicht unabänderlich sei. Die Praxis müsse erst ihre Brauchbarkeit erweisen und ihr endgültig Gestalt verleihen. Tatsächlich haben sich im Laufe der praktischen Arbeit verschiedene Mängel und Unklarheiten in der Handhabung der Satzung ergeben. So erwies sich, daß der größte Teil der eingekommenen Anträge ohne vorheriges Inkennzeichnen des Gesamtstadtrats durch die Verwaltung den einzelnen Ausschüssen, die meist endgültige Beschlüsse haben, zur Erledigung zugewiesen wurden. Es ist dies ein Verfahren, das dem Gesamtstadtrat ein ihm zustehendes Recht und den Überblick über die Verwaltung nimmt. Beschlüsse, die in den einzelnen Ausschüssen gefaßt wurden und die nicht von geringer Bedeutung waren, bekamen so Gültigkeit. Das Regulativ der Offenlage erwies sich dabei unwirksam, da die Problematik der einzelnen Entscheidungen dabei nicht ohne weiteres erkennbar war. Eine glatte Unmöglichkeit war beispielsweise ein Fall, wo der Gesamtstadtrat die Ablehnung eines Antrags der Verwaltung beschloß, diese ihn dann Monate später einem Ausschuss zur Genehmigung zuleitete, ohne daß der Gesamtstadtrat davon unterrichtet gewesen war. Dieser Weg ist auch dann ungangbar, wenn sich geänderte Verhältnisse einstellen, die dem entsprechenden Antrag eine neue Motivierung geben.

Um in Zukunft solche Mängel abzustellen und das Recht des Gesamtstadtrats zu wahren, hat die kommunistische Stadtratsfraktion ein Aenderungs der Satzung beantragt, wonach alle Anträge, gleich durch wen sie gestellt werden, dem Gesamtstadtrat vorzulegen sind und dieser erst entscheidet, ob er selbst oder ein Ausschuss die Bearbeitung und endgültige Erledigung vornimmt.

Unklarheiten haben sich auch über die Kompetenzen der Ausschüsse ergeben. Der in der Satzung verwendete Begriff, daß die Ausschüsse nicht zuständig seien bei Aufgaben, die „geldlich von erheblicher Bedeutung“ sind, ist zu unbestimmt. Seine genaue Umföhrung macht sich notwendig, denn es geht nicht an, daß ein Ausschuss im Laufe des Monats über eine Reihe von Anträgen Beschlüsse faßt, wo jeder einzelne Ausgaben von 2 bis 300 000 DM nach sich zieht und weitere Ausgaben zur Zwangsläufigkeit macht. Die kommunistische Stadtratsfraktion will deshalb eine Definierung des Begriffes „geldlich von erheblicher Bedeutung“ dahingehend, daß „Verfügungen über Gemeindegeldern, durch Ausschüsse nur getroffen werden können, wenn sie den Betrag von 25 000 DM nicht übersteigen.“

Die Debatte über die Hauptsatzung der Stadt Mannheim hat noch andere Fragen aufgeworfen, die durch ihre Erörterung mindestens Klarheit in einigen Punkten über die Verfahrensweise bringen. Die Notwendigkeit zur Hauptsatzung Ausführungsbestimmungen zu erlassen hat sich dabei ergeben.

Die Neuwahl des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim bringt eine Verzögerung im Abschluß dieser Arbeiten, denn es ist klar, daß sie erst nach dessen Wahl zu Ende geführt werden können. Anette Langendorf

Sie wollen Taten sehen

Heimkehrer lassen sich nicht mit schönen Worten abspeisen

Laufend treffen Transporte von Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion in Grönfelden und in den Entlassungslagern der Westzonen ein. In der Tagespresse und im Rundfunk ist es still geworden um diese Heimkehrer. Kaum daß noch Zahlen genannt werden. Wo konnte man z. B. lesen, daß allein im Monat Mai 31 114 Gefangene zurückgekehrt sind? Früher, als die Kranken nach Deutschland entlassen wurden, da machte man ein großes Geschrei. Jetzt wird der ausgezeichnete Gesundheitszustand der Heimkehrer verschwiegen oder doch nur ganz gelegentlich nebenbei erwähnt. Mit diesen Kriegsgefangenen, die jetzt zurückkehren ist schlecht Propaganda gegen die Sowjetunion zu machen und deshalb schweigt man lieber in den lizenzierten Presse ebenso wie im Rundfunk.

„Man wünscht uns heute dahin, wo der Pfeffer wächst“, dieses alte Wort fiel auf einer großen Heimkehrerkundgebung in Karlsruhe. Die Situation, wie sie sich heute darstellt, ist dadurch treffend gekennzeichnet. Wie steht es mit der Versorgung und Betreuung der Zurückgekehrten, wie steht es mit der Unterbringung im Arbeitsprozeß? Das sind in Westdeutschland maßgebenden Kreise gestellt sehen. In der Vergangenheit konnten diese Leute, die Herren in Frankfurt und in den Landesregierungen, die Führer der herrschenden Parteien von der CDU bis zur SPD nicht laut genug ihr Mitleid mit den fern der Heimat weilenden unglücklichen Gefangenen beteuern. Jetzt handelt es sich darum, den schönen Worten Taten folgen zu lassen. Und schon versagen sie.

Die Heimkehrer sind aber nicht die Leute, die sich mit schönen Worten zufrieden stellen lassen. Allerorts melden sie ihre berechtigten Forderungen an. Diese Menschen, die eine harte Schule des Lebens durchgemacht haben, sie lassen sich nicht beiseite drücken und auch nicht mit einigen DM Beihilfe abspeisen. Sie sind nicht gewillt, still und duldsam abseits vom Leben dahin zu vegetieren. In vielen Versammlungen und Kundgebungen erheben sie ihre Stimme, die Ungerechtigkeit laut hinausprechend, die ihnen in der alten Heimat täglich wiederfährt, die Gesellschaft anklagend, die nicht in der Lage ist, gesunden und arbeitsfähigen Männern zu ermöglichen, mit Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen, geschweige denn, Kranke, Kriegsversehrte usw. vor dem Dahinsiechen zu bewahren.

Die Sache der Heimkehrer ist eine gerechte Sache, ihr Kampf muß deshalb bei allen fortschrittlichen Menschen in Deutschland Widerhall und Unterstützung finden. Er ist nur ein Teil des großen Kampfes, den das deutsche Volk um sein Leben, um seine Freiheit zu führen hat.

Nachdenkliches über die Lage der Neubürger

Was geschehen müßte!

„Die Heimatvertriebenen wurden bei uns schlecht empfangen. Die besitzende Klasse wehrte sich mit allen Mitteln gegen ihre Unterbringung. Dienstmädchen wurden aus den Mansarden in die Wohnzimmer verlegt, verhasste Verwandte wurden zu längerem Besuch freundlich eingeladen. Stubenböden wurden herausgerissen, Oefen und Bettdecken versteckt, Türen mit Möbel zugestellt und als es gar nicht mehr anders ging, bot man ihnen Waschküchen, verfallene Werkstatträume und verwahrloste Mansarden an.“ — eine Feststellung, die wir der Rede des Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden auf einer Flüchtlingsversammlung der KPD in Heidelberg entnehmen.

Warum wurde nicht gebaut?

Die KPD und an ihrer Spitze ihr Flüchtlingsbeauftragter Bettinger verlangten sofort die Erfassung aller Baustoffe und deren gelenkte Verteilung. Diese Forderung wurde nicht erhört, statt dessen wurden vor der Währungsreform 90 Prozent aller Baustoffe verschoben. Wollte man die dringendste Not beheben, müßten in unserem Land mindestens 400 000 Wohnungen gebaut werden. Darum war Bettingers erste Forderung nach der Währungsreform, endlich mit dem sozialen Wohnungsbau zu beginnen. Das vom Staat zur Verfügung gestellte Geld sollte in erster Linie für Wohnungen der Heimatvertriebenen verwendet werden. Eine neue Schwierigkeit ergibt sich: Dem Neubürger fehlen die paar tausend Mark, die er als Eigenkapital benötigt, um staatliches Geld als „unrentierliche Spitze“ zu bekommen.

Der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen verlangt zu diesem Zweck langfristige Kredite für die Heimatvertriebenen.

Wo bleibt die Hausratversorgung?

Bettinger verlangte auch die Erfassung aller übrigen Stoffe, besonders von Holz und Glas. Statt dessen wurden Vasen, Holzteiler und sonstiges kunstgewerbliches Zeug fabrixiert — im übrigen aber für „bessere Zeiten“ gehortet. Einen Tag nach der Währungsreform prangten die Schaufenster mit allen Haushaltsgegenständen, die in den Jahren vorher so dringend benötigt wurden. Der größte Betrug blieb ungestraft, und die Hoffnung der Heimatvertriebenen auf Wegnahme der Hortungsgewinne und Aufteilung an Heimatvertriebene und Bombengeschädigte blieb unerfüllt.

Un glaubliche Existenzschwierigkeiten

Die erste Neubürgermesse in Stuttgart-Cannstatt bewies, daß mit den Heimatvertriebenen wertvolle Fachkräfte zu uns gekommen waren. Der Aufbau neuer Industrien — in ihrer alten Heimat von Welfrut — wie beispielsweise Spielwarenindustrie, Textilindustrie, Webereien usw. wurde durch bürokratische Hindernisse größtenteils unmöglich gemacht. „Alte Bauernfamilien fanden durch die Verhinderung der Aufteilung der großen Güter keine neue Existenz. In Nordbaden sind nur 2 1/2 Prozent aller Beamten Heimatvertriebene, obwohl mehr als 20 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge sind.“

Immer wieder Verstörungen

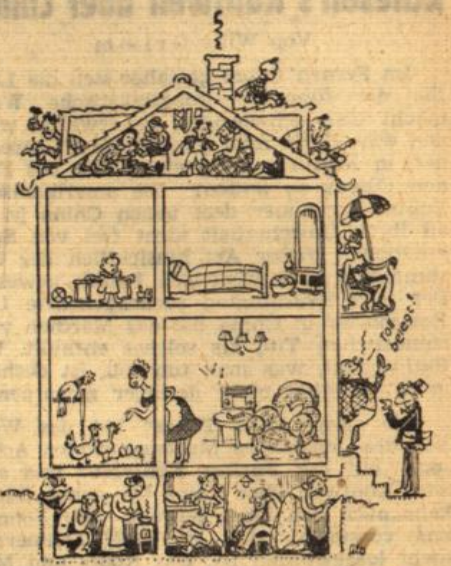
Die Währungsreform hat die Neubürger zum zweiten Mal in kurzer Zeit um alles

betrogen. Dafür wurden sie auf den Lastenausgleich verstoßen. Die Drahtzieher unserer Zeit hatten jedoch nicht die Absicht, den Lastenausgleich durchzuführen. Ein Ersatz dafür (Soforthilfegesetz) erweckte neue Hoffnungen auf gewisse „Voraussetzungen“. Der neueste Ersatz ist das „Gesetz zur Milderung der dringenden sozialen Notstände“. Die Gelder dazu müssen erst beschafft werden. Das Gesetz hat sehr viele „Kann-Bestimmungen“. Ein Heimatvertriebener sagte in der Versammlung: „So wenig, wie ich noch an den Weihnachtsmann glaube, glaube ich an den Lastenausgleich.“

Wie kann man den Heimatvertriebenen wirklich helfen?

Der kommunistische Staatsbeauftragte Bettinger fordert: „Wenn man die Kriegsgewinnler und Nazikriegsverbrecher enteignet, hat man die Mittel für den Lastenausgleich. Würde man den Großgrundbesitz aufteilen, dann könnte man den Bauernfamilien Land geben und einem großen Teil damit die Existenzsorgen nehmen. Diese Forderungen werden jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Darum ist es notwendig, daß die Heimatvertriebenen sich aktiv in die politischen Geschehnisse einschalten und die Arbeiterpartei, die ihre Interessen allein vertritt, bei den Wahlen stärksten unterstützt.“

Die Tatsache, daß Württemberg-Baden, trotz aller Schwierigkeiten, von allen Ländern der Westzonen für die Heimatvertriebenen das meiste getan hat, ist ein Verdienst des kommunistischen Staatsbeauftragten Bettinger. Seine politischen Gegner haben es oft genug bestätigt müssen. —Kn-



Für Flüchtlinge Keller und Mansarde

Sonnenwende: Symbol der Zeitenwende

Sonnwendfeier der Freien Deutschen Jugend

In der Abenddämmerung traf sich die Jugend am Rhein, während der ersten Sterne schon aufblitzten und der Nachtwind kühl um die jungen Gesichter strich. Mit dem verlassenen Tag war auch der Pulsschlag der Arbeit vererbt, nur drüben, auf dem linken Ufer, qualmte die Fabriksschlote Ludwighafens in die hereinbrechende Nacht, nichts war zu hören als gedämpftes Stimmengemurmel und das Rauschen des Stromes. Ein Kreis zog sich um den Holzstoß und aus jungen Kehlen stieg der Gesang von der blühenden Jugend, die den Tod verlacht, dann sprach Richard Hofman, „Wir feiern heute aus altem deutschem Brauch geboren, die Sommersonnenwende, die Johannismacht. Sie ist der Höhepunkt im Naturablauf, und wir sehen symbolhaft in der Sonnenwende auch die Zeitenwende, die in die Zukunft weist. Wir sehen Deutschland heute mit den kritischen Augen der Jugend. Weimar mit der „freiesten Verfassung der Welt“ brachte uns die Hitlerherrschaft und das Chaos des zweiten Weltkrieges. An diesem Tag wollen wir geloben, vergangene Fehler zu vermeiden, die nahe Gegenwart zu nützen über alle Zonen hinweg zum Kampf für ein freies demokratisches Deutschland. In diesem Sinne feiert die Freie Deutsche Jugend die Sonnenwende, eingedenk des Goethewortes: „Du mußt steigen oder sinken, leiden oder triumphieren, Hammer oder Amboß sein.“

Prasselnd loderte die Flamme aus dem Holzstoß in die Juninacht, zum Jubel der Jugend begleitet. Noch lange ertönte in die Nacht ihr Lachen und Singen bis die letzte Glut verglimmte. —m-

Daneben geschossen

Pforzheim. In der letzten Stadtratssitzung wurde die Frage des Theaterzuschusses erneut behandelt. Die kommunistische Stadtratsfraktion will der Gewährung des Zuschusses zustimmen, damit das Theater erhalten werden kann, sofern mindestens 50 000 DM ebenfalls für die bedürftigen Ausgebombten zur Beschaffung von Möbel und Hausrat freigegeben werden. Die Bemerkung eines Stadtrates der DVP, daß der Einsatz des Gen. Schick für die Fliegergeschädigten auf Stimmengang abziele, wird bei den Ausgebombten nicht verstanden, da sie seinen Einsatz besser kennen, als es bei dem DVP-Stadtrat anscheinend der Fall ist.

Bedeutende Beschlüsse des Sozialausschusses

Ausschuss tagt im Sandtorfer Kinderheim — Ausgleichsunterstützung für Rentner bleibt bestehen

Bei der letzten Sitzung des Sozialausschusses wurde das Nützliche mit dem Guten verbunden. Das Kinderheim in Sandtorf wurde besichtigt. Das Überzeugen an Ort und Stelle, das Einsichtnehmen in die Einrichtung des Kinderheimes zeigt nun einmal besser, wo es fehlt und was noch getan werden muß, als die trockene Behandlung in einem Rathsaal dies vermag.

153 Kinder, davon 78 mit aktiver aber geschlossener Tuberkulose, sind dort untergebracht. Die anderen 75 sind Kinder, an denen die Schäden, die der Krieg mit sich brachte, deutlich werden: Unterernährung, Rachitis und abgeschlossene TBC, bei der die Gefahr eines erneuten Aufbrechens besteht. Die Kinder sind streng getrennt und es findet keine Berührung der Tuberkulösen mit den Erholungskindern statt. Besonders den Kindern, die einmal eine TBC durchgemacht haben, muß besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, weil sie stets „auf dem Pulverfuß sitzen“, wie es der Arzt ausdrückte. Die Mittel, die die Stadt für diese Kinder aufwendet, tragen große Früchte. Die Kinder werden dadurch vor den Endformen und damit vor dem Ernstfall bewahrt. Das Ergebnis, das bei den in den letzten zwei Jahren behandelten Kindern erzielt wurde, ist gut. Der Arzt stellte fest, daß sechs Wochen Behandlung im Kinderheim eigentlich nicht ausreichen. Die Betreuung erfordert viel Sorgfalt und darum ist das Problem der Pflegerinnen auch das zentrale Problem des Kinderheimes. Es ging darum, den Sozialausschuss und die ihm begleitenden Mitglieder des Personalausschusses davon zu überzeugen, daß die augenblickliche Zahl der Pflegerinnen nicht ausreicht. Beeindruckt von der Leistung und dem guten Zweck der Sache wurde einer Vermehrung des Personals zugestimmt. Gleichzeitig wurde die Verbesserung der Gartenanlagen und der Inneneinrichtung vorgesehen.

Dann wandte sich der Sozialausschuss der Wiedereinführung der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege durch das Städt. Wohlfahrtsamt zu. Es wurde beschlossen, durch die Wohlfahrtsverbände Vorschläge für die Besetzung der Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter machen zu lassen, über die der Stadtrat dann entscheidet.

Die Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung werden erneut sein über den Beschluß des Sozialausschusses, die Rente ohne Abzug wie früher wieder nachzahlen und den abgezogenen Teil wieder nachzahlen bis eine endgültige Regelung dieser Frage getroffen wird, womit in den nächsten Wochen zu rechnen ist.

Der nächste Punkt der Tagesordnung behandelte die Arbeitsfürsorge-Schaffung

eines Wandererarbeitshomes im Qu-6-Bunker. Einem vorgeschlagenen Betrag von 15 000,— DM für den neuen Etat wurde zugestimmt, Sinn und Zweck dieser Einrichtung ist, jungen Menschen, die auf der Durchreise sind, die Möglichkeit zu geben, 8 bis 14 Tage hier zu bleiben, etwas zu verdienen, damit sie für ihre weitere Wanderung wieder Geld haben.

Zum Schluß wurde einem jährlichen Zuschuß von 3000,— DM für das Fröbel-Seminar in Heidelberg zugestimmt mit der Regelung, daß die Städte Heidelberg, Mannheim und Weinheim sich für die gemeinsame Finanzierung des Seminars in einer Gesellschaft zusammenschließen. Mannheim behält sich vor, unter gegebenen Voraussetzungen, ihr früheres Fröbel-Seminar in Mannheim wieder selbst zu eröffnen.

Entscheidungen des Kulturausschusses

Der Kulturausschuss des Mannheimer Stadtrates hat in seiner letzten Sitzung die Herabsetzung der Platzmieten für das Nationaltheater beschlossen. Das Jahresabonnement für 15 Vorstellungen wurde um 23,3 Prozent gesenkt und beträgt, in drei Gruppen gestaffelt, nunmehr 73,—, 58,— und 43,— DM. Das Abonnement berechtigt zum Besuch von 8 Opern und 7 Schauspielen.

Das Studium der Ingenieurschule wurde, entsprechend dem Modus anderer Hochschulen, um ein weiteres Semester verlängert. Atomphysik und Sozialwissenschaft

Eine Gemeinde vermittelt „demokratischen Anschauungsunterricht“

Wie der Bürgermeister von Neckargemünd in der Versenkung verschwand

Neckargemünd feiert in diesem Monat ein seltsames „Einjähriges“. Vor einem Jahr wurde der keiner Partei angehörende Bürgermeister vom Dienst suspendiert. Die Frau, deren Aussage zu seiner Suspendierung geführt hatte, wurde im Gerichtssaal wenig später als Hysterikerin überführt. Damit schien der Fall erledigt, hätte nun nicht die Lizenzpresse (Rhein-Neckar-Zeitung) zum zweiten Schlag ausgeholt. Ein Dienststrafverfahren gegen den Bürgermeister mußte auf alle Fälle erreicht werden. Unwahre Angaben seiner beruflichen Ausbildung, Verfehlungen im Amt und andere Gründe sollten ihn jetzt zur Strecke bringen.

Die Bevölkerung griff ein. Zwei große öffentliche Versammlungen der KPD, an denen insgesamt 3000 Einwohner teilnahmen, nahmen gegen das Verhalten einiger Gemeinderäte und der Presse Stellung. Einer Unterschriftensammlung zur Abset-

zung des Gemeinderates schlossen sich fast 80 Prozent aller Wahlberechtigten an. Ein überwältigender Erfolg, trotzdem man sie als „kommunistische Mache“ bezeichnet hatte. Dem Innenministerium wurde dieser Willensausdruck zugeleitet. Der Erfolg war Null.

Seitdem wird der Fall auf die bekannte lange Bank geschoben. Es dauerte lange bis es zu den Voruntersuchungen kam. Dann mußte erst das zuständige Gericht gebildet werden und jetzt muß es das Ministerium noch bestätigen.

Nach der Suspendierung hatte Neckargemünd einen stellvertretenden Bürgermeister und jetzt hat es einen „stellvertretenden Stellvertreter“. Und hier liegt das Hintergründige des Falles. Die DVP, die mit ihren Kandidaten bei der Bürgermeisterwahl durchgefallen war, sitzt nun in der Gestalt des stellvertretenden Stellvertreters im Amt. Er wird so lange tätig

sein, bis die Bevölkerung „reif“ ist, ihn bei der kommenden Wahl nach dem Motto: Den kennen wir — bei dem wissen wir, wo wir dran sind, zu wählen. Bezeichnend bei diesen Vorgängen war das Verhalten der SPD. Dr. Knorr (Lizenzträger der RNZ) hatte den nun gestürzten Bürgermeister bei der damaligen Wahl der Bevölkerung selbst wärmstens empfohlen. Durch sein Eingreifen in der Presse hat er nachher alles getan, um ihn in der Versenkung verschwinden zu lassen.

So kam Neckargemünd in den traurigen Ruhm, mehr als ein Jahr ohne gewählten Bürgermeister zu sein.

Wieviel Monate soll der „stellvertretende Stellvertreter“ noch die Amtsgeschäfte führen, damit die DVP bei der nächsten Wahl nicht noch einmal die Angst zu haben braucht, wieder durchzufallen? Das ist die Frage, die Neckargemünd Bevölkerung bald beantwortet haben will. —Jo-

Theater und Filme

Existentialismus im Nationaltheater

„Schmutzige Hände“, Schauspiel von Jean-Paul Sartre

Gastspiel des Württembergischen Staatstheaters

In der eisigen Luft der Sartreschen Doktrin gehen keine Sentiments. Seine Menschen bewegen sich in einer nur scheinbar realen Welt, in einer Art gespenstischen Traumes und stoßen beim Erwachen ins Leere, ins Nichts. Die pathologische Selbstbejahung, die Freiheit des Handelns, die das winzige Ich über die Gesellschaft in den Mittelpunkt des Alls stellt, und diesem Ich und seiner „täglichen Entscheidung“ die alleinige Souveränität zuerkennend, mündet in der Negation der wirklichen sozialen Kräfte und ist letztlich aus dem Pessimismus, der Verzweiflung geboren. Was seine Menschen sagen, sind tote Worte, die, um mit Büchner zu sprechen, „nach Frieden riechen“.

Dieser Leichenduft ist die Atmosphäre dieses dramaturgisch meisterlich gegliederten Schauspiels des Existentialphilosophen Sartre und die kalte Magie seiner interessanten dialogischen Polemik leuchtet brillant, aber wirmt nicht. Der geschickte Sartre kennt die marxistische Terminologie und stattdessen damit seine Figuren effektiv aus — der naive Zuschauer könnte glauben, es handle sich um ein kommunistisches Stück. Aber diese existentialistischen Kommunisten sind imaginäre Personen, haben nie existiert, sie sind erfundene Interpreten einer blendenden Vorlesung über die Atombombenphilosophie des Herrn Sartre.

Sie spielen mit Terrorismus, Bomben und Revolvern, wie Kinder mit bunten Kugeln. Die Zentralfigur, Hoederer, hat ein Bakuninprofil, sein Mörder ist ein intellektueller Schwächling, halb existentialistischer Hamlet — halb Sawinkow. Selbstverständlich fehlt auch nicht die bei Sartre gewohnte pervertierende schräge Ethik. „Nicht verwendbar“, die Pointe des Stückes gilt auch für uns: Nicht verwendbar. Ein Klüngel von Intellektuellen mag daraus ein interessantes Teegespräch machen, der werktätige Mensch hat andere Sorgen.

Das Gastensemble hatte ein beachtliches darstellerisches Niveau, das man den hiesigen Wünschen möchte. Ein verblüfftes Publikum klatschte zuerst frenetisch, gegen Schluß legte sich der Sturm etwas.

Querschnitt des Films

Filme mit künstlerischen Ambitionen finden scheinbar kein Publikum mehr. Das sind keine erheiternden Perspektiven für den Filmfreund. In der kühlen Ablehnung künstlerischer Filme durch das Publikum widerspiegelt sich das Resultat einer in den letzten zwei Jahrzehnten betriebenen systematischen Verderbung des Geschmacks der Massen der Kinobesucher, die auf das Konto des Kaufmanns in der Produktion kommt, der die Herstellung nach absolut kapitalistischen Gesichtspunkten ausrichtet und dabei den Künstler in die Wand drückt. Die Alster-Lichtspiele, die anerkennenswerterweise bemüht sind, vor dem Publikumsgeschmack nicht zu kapitulieren, brachten eine Produktion der IFA, „Kinder des Olymp“, der einen Versuch darstellte, Leben und Liebe des großen Komödianten Debureau in Paris des Bürgerkönigs zu gestalten, ein Versuch, der auch theatergeschichtlich nicht uninteressant ist, als noch die Devise gilt: „Kinder hängt die Wäsche ab, die Komödian-

ten kommen“. Vom Gaukler, der auf dem Boulevard spielt, bis zum großen Pantomimen des seriösen Theaters spannt sich der Bogen der Story, mit einigen vägen Klängen sozialer Kritik, und stärkerem Anschlag des Bajazotmotivs. Am Rande stehen ein zufriedenes Bürgerturn und die große Welt, die beide mit kühler Verachtung auf das Komödiantentum herablicken, von einer philosophierenden Unterwelt heftig glossiert. Es kommt leider auch zu einigen melodramatischen Deklamationen über Liebe und Enttäuschung, die nicht ganz in den Rahmen passen wollen. Das schwermütige Bajazotgesicht Jean Louis Baraults, dessen träumerischer Debureau eine glückliche Verbindung von Pantomime mit tänzerischen Elementen ist, schwebt faszinierend über dieser menschlichen Komödie, deren Typen der Autor von Balzac entlehnt hat. Die große Kurtisane Garance, erst Grisette, dann resignierende Halbwitwe mit Herz spielt eine Schauspielerin von Format, die Arletty, den vitalen Lemaitre, Kollege und Rivale Debureau zeichnet Pierre Brasseur mit parisischem Geist, dem philosophierenden Außen-seiter der Gesellschaft Lecanale, der wie Karl Moor die soziale Ungerechtigkeit durch Verbrechen auszugleichen sucht, gibt Marcel Herrand beachtliche Konturen.

Ein anderes Werk von leichtem Gewicht beschränkte uns die IFA durch den Tino-Rossi-Film mit dem Kolportageitel „Im Fieber der Liebe“ im Capitol. Es ist beliebte kein Fieber, höchstens Schüttelfrost, den sich der diesmal auch Mozart singende beliebte Chanteur in den Armen eines nachschafften, exzentrischen Luxusweibes holt. Tino Rossi singt charmant und kultiviert im Frack, wie im rauhen Tuff des Fischers, die Handlung ist lediglich Stoff für seine Stimme, weiter nichts.

Hollywood (Metro-Goldwyn-Mayer) präsentiert im „Art und Dämon“ im Palast eine Irrrenhausbildung von so schauerlicher Geschmacklosigkeit, daß trotz raffiniertester Aufgebote hervorragender Schauspieler, darunter Spencer Tracy und Ingrid Bergman, der dem Bärt fatalen Eindruck dieser Story, die dem Gehirn des Marquis de Sade entspringen scheint, nicht verwischt werden kann. Die wüßtigen Traumfantasien des Helden sind beinahe pornographisch, die pseudomedizinischen Experimente lächerlich, die breite Ausmalung seiner pathologischen Erotik ekelverregend, die eingestauten, quälenden Sentenzen sind es in diesem Zusammenhang auch. Der Film ist von A bis Z eine Spekulation auf die allerhöchsten Instinkte im Menschen und volksverderbend.

Im filmischen Kaleidoskop der Woche tauchte auch Wien wieder auf in einer Reprise eines alten Bavaristrefrens „Fannerl und ihre Liebhaber“ im Müller-Lichtspieltheater. Man ist immer wieder erschüttert, mit welcher Fingigkeit die Autoren das Thema Wien abwandeln, und was für Plathheiten dabei herauskommen, die mit einer öden Beharrlichkeit immer wieder präsentiert werden. Hier ist es ein bescheidenes Veilchen, das im Verborgenen blüht und von einem reichen Großindustriellen geheiratet wird. Das schlecht singende Veilchen ist Oly von Flint, der Großindustrielle ist Albrecht Schönhals, der mit dieser dummen Rolle nichts anzufangen weiß und nur eine elegante Silhouette abgibt. Alster und Capitol bringen Freitag, den 1. Juli, den schon lange mit großem Aplomb angekündigten Zirkusfilm der Camera „Tromba“ mit René Deltgen und Angelika Hauff zum Einsatz.

Franz Mohr



Acheson's Kopfweh über China

Von Willy Grimm
Im Fernen Osten gestaltet sich die Lage für die führende imperialistische Weltmacht USA schwieriger, als erwartet worden war. Hatte man wirklich damit gerechnet, in Mao-Tse-Tung einen Tito des Fernen Ostens zu finden? Die amerikanische Politik gegenüber dem neuen China ist in all ihrer Unsicherheit nicht frei von Spekulationen dieser Art hinsichtlich der Bestimmung ihrer künftigen Politik gewesen. Der nach Washington zurückgekehrte US-Botschafter in China hat das Märschen vom chinesischen Tito als solches enthüllt. Die Ratlosigkeit, was man tun soll, ist deshalb in Washington nicht geringer geworden.

Die 'New York Times' hat das Wort von den 'deutschen Magenschmerzen Acheson's' auf der Pariser Konferenz und seinem Kopfweh über China bei seiner Rückkehr nach den USA geprägt. Wir können uns vorstellen, daß er beide Schmerzen nicht losgeworden ist. Das Kopf- und Magenschmerzpulver, von dem er Linderung erwartet, sieht er im möglichst raschen Verabschieden des Atlantikpaktes und der europäischen Waffenhilfe durch den amerikanischen Senat. Es interessiert ihn nicht einmal sonderlich, ob er sein Ziel erreicht. Kopf- und Magenschmerzen wird er hinterher trotzdem nicht losbekommen.

Es wird viel davon gefaselt, daß die Sowjetunion ihr Gesicht Europa ab und dem Fernen Osten zuwenden könnte. Mit der militärischen Drohung des Atlantikpaktes und der europäischen Waffenhilfe möchte man den gewünschten Vorgang anscheinend erzwingen. Eine Fehlrechnung liegt vor. Die Theorie der USA, den Fernen Osten in Europa zu verteidigen, ist daneben geraten. Ungeachtet aller europäischen Anstrengungen der USA ist das strategische Zentrum des Weltgeschehens der Ferne Osten geblieben. Was die USA erreichte, war nur, daß zeitweise Europa zum Mittelpunkt des taktischen Geschehens geworden ist.

Es ist einige Wochen her, als die national-chinesische Pseudo-Regierung aus ihrem Fluchort vertrieben wurde, mit neuartigen, Wunder bewirkender Kriegsführung auf dem Plan zu erscheinen. Das Geheimnisvolle erinnerte an die Psychose der 'retenden Wunderwaffe' Hitlers in Deutschland vor dem Zusammenbruch. Die Tschiang-kaischek-Wunderwaffe enthüllte sich als Verkündung der Blockade gegen das neue China. Es gab auch bereits Zwischenfälle: britische und amerikanische Schiffe wurden bombardiert.

Die Situation ist nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Britanniens, das in Europa in der Frage der Marshallplan-Erfordernisse der USA mit seiner Handels- und Währungspolitik quer schießt, tut es noch mehr im Fernen Osten. Die USA haben vergeblich versucht, die widerstreitenden imperialistischen Restinteressen in Ostasien unter einen Hut zu bringen. Die Blockadeverkündung Tschiangkaischeks stellte plötzlich die Frage der Anerkennung des neuen Chinas als kriegsführende Macht. Großbritannien fühlt sich begreiflicherweise, wie es sich ausdrückt, 'mit dem innerchinesischen Handel' mehr verbunden, als die USA.

Ein Gegensatz hat sich auch aufgetan in der Frage der praktischen Respektierung der verkündeten Truman-Doktrin. Diese schließt ja die Nichtanerkennung der Neugestaltung des Lebens der Völker ein. Der antikommunistische Charakter dieser Doktrin erfährt erneut seine Bestätigung bei den amerikanischen Debatten, ob diese es überhaupt zulassen, Mao-Tse-Tung anzuerkennen. Es ist dies interessant, wobei wir allerdings nicht übersehen, daß die Debatten um die Doktrin deshalb geführt werden, weil die Trauben im neuen China für die USA doch etwas höher hängen, als man erwartet hat. Britanniens ist seinen offiziellen Verlautbarungen nach nicht bereit, bei dem Versuch, im Fernen Osten zu retten, was zu retten ist, über die Truman-Doktrin zu stolpern. Es mag zwar einigen schemenhaften Vorstellungen dabei nachhaken, aber die Rettung der Kronkolonie Hongkong scheint ihm nicht ausgeschlossen. Diese droht aber nicht nur durch einen militärischen Akt verloren zu gehen. Auf die Dauer ist sie auch wirtschaftlich eine Unmöglichkeit, wenn es nicht gelingt, Handelsbeziehungen zu dem riesigen chinesischen Hinterland aufrecht zu erhalten. Mit anderen Worten: Britanniens ist bereit, Bedingungen anzunehmen, die das neue China und nicht es selbst zu stellen hat. Das ist die Furcht der USA. Die Pille, die dem USA-Außenminister Acheson das chinesische Kopfweh nimmt, ist noch nicht gedreht. Wenn man in der USA nur wüßte, was man als Substanz für diese Pille verwenden könnte? Dann allerdings wäre man einen Schritt weiter.

Die Weltposition der führenden imperialistischen Macht USA wird schwächer. Die Wirtschaftskrise reißt aus und greift um sich. Die Symptome sind unverkennbar; auch die in Europa. Die Produktionsziffern fallen, die Absatzstatistiken weisen nach unten und die Erwerbslosigkeit steigt an. Die Flucht in die Rüstung soll die Abwärtsentwicklung aufhalten. Das Truman'sche Weltprogramm für die 'Unentwickelten Gebiete' liegt ebenso auf dem vermeintlichen Fluchweg aus der Krise. Die Organisation eines erneuten amerikanischen Kapitalextorts, der in der Praxis zunächst Warenexport ist, wird wieder einmal als berühmte Selbstlosigkeit der USA ausgegeben.

Alle Anstrengungen der USA werden es nicht vor der Alternative bewahren, ob sie endlich den Weg friedlicher Verständigung mit der Weltmacht Sozialismus gehen wollen oder nicht. Der Zeitpunkt liegt nahe, wo es kein Ausweichen mehr gibt.

Hutchinson - einst und jetzt!
Statt Buna wieder Kautschuk - Rohstoff-Einfuhr und kein Export - Die fehlenden Märkte im Osten - Seit der Währungsreform beträchtliche Leistungssteigerung der Belegschaft

Im Norden Mannheims liegt die Gummifabrik Hutchinson. Heute sind in ihr 750 Arbeiter und Angestellte, in der Mehrzahl Frauen und Mädchen beschäftigt. Der Betrieb stellt Fahrradbereifungen, Schuhe, technische Artikel für den Fahrzeugbau und Gebrauchsgegenstände in Gummi her. In den geänderten Voraussetzungen der Produktion spiegelt sich die ungünstige Wandelung wider, der wir in den letzten Jahren wirtschaftlich unterworfen wurden.

Einst eigener, jetzt eingeführter Rohstoff.

Früher verarbeitete die Firma als Rohstoff synthetischen Gummi. Es war das aus deutscher Kohle hergestellte Buna. Die westlichen Alliierten haben die Buna-Produktion in Westdeutschland lahm gelegt. An Stelle des eigenen Rohstoffes Buna muß nun wieder Kautschuk verwendet und eingeführt werden. Die Einfuhr des Kautschuks kostet uns Devisen. Das Schlimmste des Zustandes besteht darin, daß trotz des Importes von Rohstoffen kein Ausgleich durch genügenden Export der Fertigwaren besteht.

Die Erzeugnisse der Firma Hutchinson waren einst auf dem Weltmarkt gesucht. Nach Dänemark, England, Indien wurde geliefert und der Löwenanteil des Exportes ging nach Osten, besonders nach Polen und in die baltischen Staaten. Die Blockademauer im Osten hat den Absatz dorthin gänzlich unterbunden. Ein Ersatz für diesen Ausfall

besteht im Westen nicht. Die Wirtschaftspolitik, wie sie uns durch den Marshall-Plan aufgezungen wurde, hat Folgen, die sich recht ungünstig auswirken.

Buna und Kautschuk

Die Umstellung in der Verarbeitung von Kautschuk an Stelle von Buna ist bei Hutchinson nicht reibungslos verlaufen. Drei wertvolle Maschinen, sogenannte Walzen, gingen dabei in Bruch. Kautschuk ist in der Qualität nicht besser als Buna. Die Bearbeitung von Kautschuk ist aber schwieriger, der Aufwand an menschlicher und maschineller Arbeit ist größer. Trotzdem sind die Preise der Fertigwaren gleich geblieben, was seine Ursache darin hat, daß Kautschuk bei dem derzeitigen Weltmarktpreis weit billiger als Buna ist.

Währungsreform ohne Preiseinfluß.

Der Preis für die Hutchinson-Reifen ist seit der Währungsreform gleich geblieben. Ein Wunder bei dem allgemeinen Taumel der Preise nach oben, denn die in der Reifenproduktion verwendeten Textilien sind teurer geworden. Warum konnte der Preis trotzdem gleich bleiben? Wir bekommen zur Antwort: 'Unsere Preise waren vor der Währungsreform so gut kalkuliert, daß sie bis jetzt beibehalten werden konnten.' 'Kalkuliert' ist in diesem Zusammenhang so ein Begriff. Einfach ausgesprochen heißt dies doch nichts anderes, als daß die Preise

damals schon genügend hoch festgesetzt waren.

Kehrseite.

Seit der Währungsreform gleich gebliebene Preise besagen nichts über die Rentabilität des Betriebes aus. Die Rentabilität kann trotzdem gestiegen sein. Bei Hutchinson ist das sicherlich auch der Fall. Eine Steigerung der Arbeitsleistung liegt seit der Währungsreform vor. Daß das Maß dieser Steigerung in der Zahltagstüte voll seinen Ausdruck gefunden hat, ist zu bezweifeln. Das Geheimnis, daß die Preise gleich geblieben sind, erfährt seine Aufklärung.

Lohn- und Akkordarbeit.

Die tariflichen Stundenlöhne geben keine Auskunft über das, was der Arbeiter oder die Arbeiterin bei Hutchinson verdienen. Hutchinson beschäftigt viele Frauen. Der Stundenlohn beträgt für eine Frau 70 Pfennig. Im Durchschnitt arbeiten die Frauen Akkord. Der Ist-Verdienst bei Akkordarbeit liegt wesentlich höher. Der Betriebsrat spricht von einer relativ anständigen, wenn auch nicht ausreichenden Entlohnung. Wenn dies auch Norm ist, fehlt es nicht an Beispielen, schlechter Akkorde. So hat eine Arbeiterin bisher ganz gut verdient. Infolge einer Produktionsumstellung bekommt sie eine andere Arbeit. Bei dieser neuen Arbeit ist je hundert Paar Schuhe, die sie zu bearbeiten hat, der Akkordpreis mit 1,80 Mark kalkuliert. In der Stunde gelingt ihr aber

Kein Wahlschlager für die CDU
Der Fall Dr. Pünders soll mit dem des Gestapoagenten Kriedemann kompensiert werden - Klare Stellungnahme der KPD

Die Einsetzung eines Untersuchungs Ausschusses gegen den Oberdirektor des Wirtschaftsrates, Dr. Pünders, zur Feststellung, ob er Beträge, die vom Wirtschaftsrat für Bauteile der Zweizonenverwaltung an Frankfurt bewilligt worden waren, sperren oder nach Bonn umleiten ließ, haben die CDU auf den Plan gerufen und sie einen Untersuchungsausschuß gegen den stellvertretenden Fraktionsführer der SPD im Wirtschaftsrat, Kriedemann, einsetzen lassen, um festzustellen, ob Kriedemann für die Gestapo gearbeitet habe und er überhaupt wählbar sei.

Der Fall des Gestapo-Agenten 'S 9', Kriedemann, war durch das bestätigende Gerichtsurteil in Hannover erneut in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gestellt worden. Der 2. Vorsitzende der KPD, Kurt Müller, den Kriedemann wegen Beleidigung verklagte, war dort angesichts des erdrückenden Beweismaterials gegen Kriedemann freigesprochen worden.

Unabhängig dieses Tatbestandes hat sich die kommunistische Fraktion im Wirtschaftsrat gegen den Antrag der CDU entschieden. Die zweijährige Praxis der Fraktion der CDU habe bewiesen, daß diese sich nicht von den Kriegsverbrechern distanzieren und keine Hand gerührt habe, wenn es geht um die Verwaltung und Wirtschaftsführung von Kriegsverbrechern zu säubern. Darum sprach die KPD der CDU das Recht ab, im Fall Kriedemann als Ankläger aufzutreten. Die KPD gab zu dem Antrag der CDU/CSU-Fraktion folgende Erklärung ab: 'Der Fall Kriedemann ist seit zweieinhalb Jahren bekannt gewesen. Die CDU/CSU hat jedoch bis zu diesem Zeitpunkt gewartet, um eine solche Untersuchung zu fordern. Die Gründe sind durchsichtig genug. Es geht der CDU/CSU um ein Wahlgeschäft.'

Die KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat erklärte, daß sie an der Reinigung des öffentlichen Lebens interessiert ist, und daß die KPD aus diesen Gründen den Fall Kriedemann seit langem aufgerollt hat. Sie lehnt es jedoch ab, aus dem Kampf um die Reinigung des öffentlichen Lebens ein Wahlgeschäft zu machen und damit auch in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Die kommunistische Fraktion erklärt, daß es in erster Linie Aufgabe der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, sich von Menschen vom Schlage eines Kriedemann zu säubern. Sie hat genügend Vertrauen zu den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, daß sie die Reinigung selbst vornehmen werden.

Daß es sich bei dem CDU/CSU-Antrag nur um ein billiges Wahlgeschäft handelt, ist allein aus der Tatsache ersichtlich, daß diese Fraktion, obgleich der Abgeordnete des Wirtschaftsrats und Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Max Reimann, seit

fünf Wochen im Gefängnis sitzt, sich niemals in einem Antrag gegen die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Max Reimann gewandt hat. Die KPD-Fraktion lehnt aus diesen Gründen den Antrag der CDU/CSU ab.'

Eine Verhöhnung!

Zum Schaden den Spott
In der 'Offenbachpost' vom 23. Juni 1949 ist folgende Meldung zu lesen: 'Abbau der Benzinwerke für Deutschland von Vorteil.'

Hervorragende alliierte Ingenieure seien zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Entfernung der synthetischen Treibstoffwerke für die deutsche Volkswirtschaft nur günstig auswirken werde, heißt es gestern in einer Bekanntmachung der britischen Militärregierung zur Demontage der Fischer-Tropsch-Anlagen.

Max Reimann der von den Schergen der SS für sechs Jahre in das Konzentrationslager Sachsenhausen geworden wurde und dort englischen Soldaten das Leben rettete, ist wieder in Haft. In Freiheit befinden sich dagegen: Der Nazigauleiter von Hamburg Kaufmann, Reichsjugendführer Axmann, der mit illegalem Papier verhaftet worden war, in Wiesbaden bei Frankfurt wurde der SS-General Simon als 'Mitläufer' eingestuft und mit einer Geldstrafe belegt; das Gericht billigte ihm eine Monatsrente von 300 Mark zu. Der SS-General Jedicke, Mitglied des berüchtigten Volksgesichtshofes unter Roland Freißler, erhielt ebenfalls eine Rente bewilligt, die ihm für die Zeit seiner Internierungshaft nachzuschauen ist.

Der berüchtigte SS-Führer und Mussolinibefreier Skorzony, der vor Monaten aus dem Internierungslager Darmstadt entflohen ist, ist jetzt Mitarbeiter der Nazischrift 'Weg' in Argentinien. Unmittelbar nach Skorzony flüchtete sein früherer Adjutant, Karl Radl. Es gelang der Polizei tatsächlich, ihn wieder zu verhaften. Das Entnazifizierungsgericht verurteilte ihn zu einer formalen Strafe, die geringer war, als seine bisherige Internierungshaft und setzte ihn auf freien Fuß. Gegen Geldbuße auf freien Fuß gesetzt wurden SS-General Hauser, Gründer der SS-Verfügungstruppe, SS-General Gritzbach, Stabsleiter des Reichsmarschalls Göring, SS-General Rode, Chef des Kommandostabes, SS-General Keppler, Chef der V-Waffen, SS-Generalmajor Rei-

Westliche Demokratie

Max Reimann in Haft - SS-Generale in Freiheit

necke, oberster SS-Richter, SS-Generalmajor Dr. Morgan, Sonderreferent bei Hitler und SS-Richter, SS-General Suchanek, Adjutant Himmlers für Polizei, SD und Gestapo, SS-General Rock und SS-General Eschold.

Ebenso befinden sich auf freiem Fuß: die SA-Obergruppenführer H. Brüchner, persönlicher Adjutant von Adolf Hitler und Prinz Philipp von Hessen, Richter am Volksgerichtshof.

Weiter sind auf freiem Fuß u. a.: Der Reichsleiter des Arbeitsdienstes Hjerl, sowie Hitlers Generalstabschef, Generaloberst Halder. Halder hat inzwischen in der US-Zone eine Broschüre veröffentlicht unter dem Titel 'Hitler als Feldherr'. In dieser Broschüre wird behauptet, daß Deutschland den Krieg gewonnen hätte, wenn Hitler sich nicht dauernd in die Pläne des Generalstabes eingemischt hätte.

Auf Wunsch der britischen Militärregierung haben die amerikanischen Behörden in Hessen bei den deutschen Stellen angefragt, ob es möglich sei, daß der ehemalige Oberbefehlshaber des Naziheeres, Generalfeldmarschall von Rundstedt Immunität gegenüber dem Entnazifizierungsgesetz erhalten könne, wenn er sich in der US-Zone niederlassen wolle. Dieser Fall wird gegenwärtig 'geprüft'.

Das ist nur eine kleine Auslese, die nur noch durch Schacht, Papen, und den Autor des Buches 'Ich zahle Hitler', Fritz Thyssen ergänzt zu werden braucht, um den Geist westlicher Demokratie zu begreifen.

Der sensationelle Aufstieg eines Profi

Ossy Rohr erzählt aus seinem Fußballerleben

1. Fortsetzung

Erst Niete, dann Matador
'Der 24. März 1932 kam heran', sagte Rohr und sog genießerisch an seiner Zigarette, 'ich war gerade ein hoffnungsvoller Jüngling von 19 Jahren geworden, da stieg mein Debut in der Nationalelf - gegen die Schweiz im damals noch so schönen unzerstörten Leipzig. Als ich von der Aufstellung unserer Mannschaft erfuhr, ging mir der Hut hoch, ich war nämlich an diesem Tag als Halbrechter eingesetzt, ich, der nie etwas anderes als Mittelstürmer gewesen war, das war natürlich ein glattes Handicap für mich. Ich zog alle Register meines Könnens, kam aber in dieser verdammten Position nicht auf den Teppich und erwies mich in der ersten Halbzeit denn auch als totale Niete. Nach der Halbzeit erfolgte Umstellung und da ging es los, daß die Schwärze ich war wieder in meinem Element. Bis 1933 war ich Mittelstürmer der Nationalelf - für die Stadt München allein habe ich elf Mal gespielt - gegen Berlin, Dresden, Hamburg ... und jedes Spiel haben wir mit Glanz gewonnen. Wie Sie vielleicht noch wissen, repräsentierte damals der FC Bayern die stärkste Städtemannschaft von Deutschland, jeder Spieler eine Asse, lauter Bombenkerler: Jakob, Haringer, Heidkamp, Goldbrunner, altes Namen von Gewidat, darunter auch ich. Ich habe seinerzeit die meisten Tore geschossen und war, ohne Ruhm zu melden, Bayer-

scher Torschützenkönig. Da ein König auch eine Königin braucht, legte ich mir sofort eine hübsche Freundin zu.
50-Pfennig-Spiele und Luxusbankette
Hitler kam an die Macht, das brachte sofort einschneidende Veränderungen im deutschen Fußball, nicht nur personeller Natur. Das erste, was der Reichsportführer 'Tschammer' und Osten tat, war das Abschaffen der Honorare für die Spieler; das hatten wir den Bur-schonen schon gegessen. Dafür kamen luxuriöse Bankette an die Tagesordnung, an denen die großsprecherische, braune Prominenz teilnahm, die nach Herzenslust schlief. Mit dem Abschaffen der Honorare und dem Aufkommen der 50-Pfennig-Spiele hörte der Eifer der Bayermannschaft a tempo auf, wir hatten die Nasen voll und revançierten uns nach Leibes-mühe auf dem schmalen Feld der Schwaben-Augsburger. Der nächste Kampf gegen Pleite, mit 8:1 zogen wir, die Sieger aus unzähligen Schlächten, grinsend ab. Da hätten Sie die Herren vom deutschen Sportbund hören sollen! Was die uns damals an den Kopf war-sollen, das waren Schmeicheleien, Verehrtesten, das waren Liebesbriefe und daneben die in keinem Wörterbuch stehenden Ermahnungen im Nazi-stil von wegen Ausschluß usw. Die NSDAP kontrollierte übrigens seinerzeit die Einnahmen aus allen Spielen, aber es blieb nicht nur bei der Kontrolle, die Gelder wurden, ohne mit der Wimper zu zucken, kassiert, 'für das WHW und den Ausbau von Kasernen'. Wie Sie sich denken können, kamen die Vereine dadurch

schwer in Druck, so daß mehr als einmal sportbegeisterte Mäzene durch Zuschüsse helfen mußten. Skandalöse Zustände waren das.
Politische Intrigen - ich hause auf die Pauke
'Erinnern Sie sich noch an Walter Benze-mann?', fragte Rohr unvermittelt. 'Das war mein Gönner und Protektor, Gründer des 'Kickers' und Senior des deutschen Fußball-sport, ein internationaler Name. Er wurde nach einer infamen Hetzkampagne von den Nazis rigoros und unter dramatischen Umständen entfernt. Er versuchte, Haringer und mich zu den 'Grasshoppers' zu bringen. Die Grasshoppers machten mir ein fantastisches Angebot, 850 Schweizer Franken monatlich und Besuch der Handelshochschule zum Studium fremder Sprachen. Das war der richtige Wind! Halten Sie mich nicht für einen money-maker, mich lockte nicht das Geld, mich lockte die Fremde und die Karriere des internationalen Profiflügelzug ab nach Zürich, Verhandlung wegen Engagement, Einverständnis, alles in Butter. Haringer, der in den Liebesfesseln einer rudi-lichen, vermögenden Metzgerstochter schmächte, machte nicht mit. Der Deutsche Fußball-bund setzte alle Hebel in Bewegung mich zu rückzuhalten, drohte, erpresste, die NS-Press-e nannte mich liebevoll Landesverräter, egal, ich bliebe fest Zürich nach München, toller Ab-schied von den Freunden im FC Bayern, wir tranken, bis wir weinend uns in die Arme und unter die Tische fielen. Ungehindert reiste ich

ab nach Zürich, ich atmete auf wie erlöst, ich war frei! Hinter mir Hitlerdeutschland, vor mir eine glänzende Zukunft, deren Kurve steil nach oben ging - was wollte ich mehr? Ein Absteher nach Arosa, ich lernte die Wunder der Schweizer Berge kennen, damit füllte ich die Zeit der Sperre aus, Freigabe hatte Dr. Ivo Schrickler, der Präsident der FIFA, für mich erwirkt. Gerade, als ich zu den Grasshoppers stieß, hatte das Endspiel um den Schweizer Pokal angehothen. Schlag auf Schlag folgten dann internationale Kämpfe von weltportlicher Bedeutung. Im Endspiel um den Schweizer Pokal, eines der härtesten Treffen im Verband der Grasshoppers gegen die klassische Elf des 'Servette Genf' gingen wir mit einem schwer errungenen 2:0-Sieg vom Platz, ich schoß ein elegantes Tor, präzise an der Latte vorbei ins Netz. Internationale Spiele, die die Weltpresse und die Weltöffentlichkeit in Atem hielten, folgten: gegen Oesterreich, Jugoslawien und Frankreich. Das Spiel gegen den 'Racing Club' Straßburg vor einer lobenden Masse von 80 000 Zuschauern war einer meiner größten Tage und erhöhte meinen Ruhm als internationaler Kanone. Ich schoß ein halbes Dutzend Tore und war damit der Held des Tages. Wir gewannen spielend gegen diese Elf, die wirklich nicht von Pappe war, 9:1. Die Folge dieses rasanten Ablaufs von Erfolgen war ein glänzendes Angebot der Franzosen. Da mich Frankreich, Land und Volk schon immer interessiert hat, schloß ich ohne Besinnen mit dem Racing Club, mit dem Einverständnis der Grasshoppers, ab. Die Grasshoppers waren famos Leute und zeigten sich vornehm. Meine Freigabe erfolgte sofort und ohne Sperre. Das war im Jahre des Heils 1935, und ich kann Ihnen sagen, ich schwamm buchstäblich im Glück.
Fortsetzung folgt.



Millionen-Verluste der STEG

Die „Staatliche Einkaufsgesellschaft für öffentliches Gut“, kurz genannt STEG, wehrt sich gegen den Bericht der mit der Prüfung des STEG-Geschäftes beauftragten Treuhändergesellschaft. Diese Revision hat ergeben, daß die STEG mit einem Verlust in Höhe von 417,7 Millionen DM gearbeitet hat. Von der STEG wird der Verlust nur mit 268 Millionen angegeben.

Das STEG-Geschäft ist von Anfang an, besonders in der Arbeiterschaft, von weiten Kreisen abgelehnt worden. Jetzt muß auch von seinen Befürwortern zugegeben werden, daß das STEG-Geschäft zu einem guten Geschäft für Amerika geworden ist. Kein Geschäftsmann kauft die „Katze im Sack“ — aber der bizonale Wirtschaftsrat hat es getan.

Der Teil des amerikanischen Heeresgutes, der in den Marshall-Plan-Ländern nicht mehr abzusetzen war, ist nach dem Vertrag — der von Dr. Köhler, dem Präsidenten des Wirtschaftsrates, unterschrieben, ohne daß er die Ware in Augenschein nehmen konnte — von der Bizone mit insgesamt 725 Mill. DM zu bezahlen. Dieses Heeresgut setzt sich aus Beständen der amerikanischen und der ehemaligen deutschen Armee zusammen.

Dieser Ausgabe von 725 Millionen DM stehen an Einnahmen 249 Millionen DM für verkaufbare Waren gegenüber. Eine Menge unbrauchbarer Waren ist übrig geblieben, darunter 30 000 Heereskraftwagen, die bestenfalls nur noch ausgeschlachtet werden können.

Nach der Währungsreform sind bei der STEG für Verwaltung und Verarbeitung der Waren Kosten in Höhe von rund 60 Millionen DM entstanden. Für diese Summe und für den Fehlbetrag von 417,7 Millionen DM muß der westdeutsche Steuerzahler aufkommen.

Auf einer Pressekonferenz in Mannheim wurde gesagt: das Amerika-Geschäft sei vom Wirtschaftsrat nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten getätigt, sondern politische Erwägungen sind bestimmend für das Geschäft gewesen.

Hunderterte von Millionen DM muß der Steuerzahler für diese „politische Hilfe“ be-

zahlen. Das STEG-Geschäft wird trotz alledem weitergeführt. Dr. Erhard, der Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, hat sich vor einigen Wochen in den Aufsichtsrat der STEG wählen lassen. Da wir nicht annehmen, daß sich Dr. Erhard auf seinen Abgang aus der Wirtschaftsverwaltung vorbereitet, müssen wir damit rechnen, daß die STEG auch weiterhin zu einem Instrument des Amerika-Handels benutzt werden soll.

Wahrscheinlich hat Amerika noch weitere Ladenhüter und nicht absetzbare Waren. Die STEG sorgt für den Absatz dieser schlechten Geschäft für amerikanische Kapitalisten. Das „Amerika-Geschäft“ ist kein Talisman.

Er weiß sich zu helfen

Walldorf b. Hbg. Man zieht sich oft den Unwillen der Bevölkerung zu, wenn die Forderungszettel über die Feuerschutzabgabe den „Betroffenen“ zugestellt werden müssen. Um dem zu entgegen, verließ der Bürgermeister von Walldorf auf den genialen Einfall, vorher der Bevölkerung bekannt machen zu lassen, daß die Feuerschutzabgabe vom Landrat angeordnet sei. Obwohl er wußte, daß CDU und DVP im Gemeinderat für die Einführung der Feuerschutzabgabe, die KPD und SPD aber dagegen gestimmt hatten, trat offensichtlich durch diese unwahre Bekanntmachung keine Beunruhigung seines christlichen Gewissens ein.

Wie könnte es auch anders sein?

Der „berühmte“ Kreisleiter Seiler von Heidelberg wurde jetzt im Synagogenprozeß zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese lächerliche Strafe wurde ausgesprochen, weil er bei den „schauderhaften Vorgängen eine zentrale Rolle nicht gespielt hat“ und er nur den Brandstiftern den Rat gab, „im Rahmen zu bleiben“. Wundert es noch jemand, daß Seiler gegen dieses Urteil Revision eingelegt hat?

Bahnskandal vor Gericht

Karlsruhe. Der Prozeß gegen die Karlsruher Bahnhüter — darunter 50 Bahnpolizisten und Bahnbedienstete — hat Karlsruhe in den ungewollten Ruf gebracht, den größten Bahnskandal nach dem Kriege in seinen Mauern erlebt zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich die Karlsruher darauf nichts einbilden werden — im Gegenteil, sogar beruhigt darüber sind, daß dies kein Karlsruher Novum ist, denn anderen Orts hat nur noch nicht ein heller Blitz die Dunkelheit erleuchtet.

Das leidige Notopfer

Mannheim. Immer mehr häufen sich die Forderungen auf Wegfall des Notopfers, das immer noch abgezogen wird und das Porto ver-teuert. Durch die Aufhebung der gegenseitigen Verkehrsbeschränkungen hat es länger seinen Sinn verloren. Dies kam auf einer Vollversammlung der Mannheimer Funktionärinnen des Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck, in der die sofortige Abschaffung des Notopfers verlangt wurde.

Die „weißen“ Bäcker protestieren

Es gibt „schwarze“ Backwaren, die ohne Marken blütenweiß in Gastsälen und bei Ver-anstaltungen und Bäckereien verkauft werden. Gegen diesen Zustand der „Zersetzung der Ge-treidebewirtschaftung“ protestierte die Bäckerei-innung des Stadt- und Landkreises Mannheim und forderte eine genügende Belieferung mit Weizenmehl, damit auch Krankenbrot ausreichend geliefert werden kann. Die wirklich „weißen“ Bäcker wollen der Bevölkerung gegen-über nicht noch mehr in Mißkredit gebracht werden. Sie halten noch etwas auf ihre weiße Weste.

Es erscheint uns wichtig, mitzuteilen

... daß ab 11. Juli Verbesserungen im Mannheimer Straßenbahnnetz eingeführt werden. So soll u. a. die Linie 14 wieder fahren und ein Sechsminutenverkehr ab Rheinstraße in beiden Richtungen wieder eingeführt werden. ... daß auch in Mannheim am 2. Juli 1939 der internationale Genossenschaftstag begangen wird.

Hilfe für die Heimkehrer

Heidelberg. Die kommunistische Stadtrats-fraktion in Heidelberg hat in einem Antrag die Stadt aufgefordert, ab sofort allen Heimkehrern für die Erledigung ihrer Angelegenheiten eine Freifahrtkarte der Straßenbahn auf 8 Wo-chen auszubilligen und ihnen außerdem für 6 Wochen bei allen städt. Dienststellen völligen Gewöhrenreiß zu gewähren.

Nachruf

Der Genosse Hans Leistenschneider verstarb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 65 Jahren. Als unermüdeten Kämpfer der Arbeiterbewegung und treuem Mitglied unserer Partei werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Kommunistische Partei Mannheim-Innenstadt-Ost

Ein Kind ist geboren!

(Aus „Stine Menschenkind“, von Martin Andersen-Nexo)

Sörines Kleine hatte sich tapfer zum Licht des Tages durchgekämpft. Wie ein Lachs gegen den Strom springt, hatte sie alle Hindernisse genommen: Ablehnungen, Tränen und Abtreibungsmittel. Nun lag sie im Tage da, rot und runzlig, und sollte ver-suchen, Herzen zu erweichen.

Die bürgerliche Gesellschaft war schnell mit ihr fertig, sie war schlecht und recht ein Schmarotzergast. Ein neugeborener Mensch ist eine Zahl im Umsatz, die ordnungs-gemäße Voraussetzung für ihn sind Hochzeit und Gründung einer Häuslichkeit mit dem daraus folgenden Umsatz, das heißt Wiege und Kinderwagen und — wenn der Mensch heranwächst — Verlobungsringe, Ehe und wieder Kinder. Das meiste von all diesem geht in die Brüche, wenn man wie Sörines Kleine so armselig ist, sich außerhalb der Ehe zur Welt bringen zu lassen.

Vom ersten Augenblick an wurde sie da-nach behandelt, ohne weiche Rücksicht-nahme auf ihre zarte Hilflosigkeit. Unehelich stand auf dem Schein, den die He-bamme dem Lehrer abliefern, als sie der Kleinen auf die Welt geholfen hatte, unehelich kam auf den Taufschein zu stehen. Es war, als ob sie alle ihre Gewalt an etwas ausübten, die „Madam“, der Lehrer und der Pfarrer; sie waren die ersten, gerechten Richter der Bürgerschaft und schlugen aus guter Gesinnung auf das Neugeborene los. Was half es, daß das kleine Wesen von einem Hüfnerssohn gezeugt worden war, wenn er sich nicht zu der Handlung be-kannte, sondern sich loskaufte von Hochzeit und allem! Ein Unding war es, ein Flecken auf der strebsam geordneten Gesellschaft.

Der Mutter kam das Kind ebenso unge-legen wie allen andern. Als das Wochenbett wohl überstanden war, entdeckte Sörine, daß sie ebensogut wie ihre Geschwister aus dem Hause gehen und dienen könne. Ihre Angst vor Fremden war vollständig ver-schwunden; sie nahm eine Stelle ein Ende landeinwärts an. Das Kind blieb bei den Großeltern.

Niemand auf der ganzen weiten Welt war entzückt von der Kleinen, die Alten an

und für sich auch nicht. Aber Maren ging doch auf den Speicher und suchte eine alte Holzwege hervor, die viele Jahre lang zum Aufbewahren von Netzen und allerlei Ge-rümpel gedient hatte; Sörine setzte neue Klöße unter die Gängel und Maren brachte mit Mühe ihre alten geschwollenen Beine in Gang, um wieder die Wiege zu treten.

Ein Flecken war die Kleine ja auch für die beiden Alten — vielleicht alles in allem nur für sie. Sie hatten sich so viel Großes von dem Mädchen versprochen — und da lag nun der ganze Staat — ein uneheliches Kind in der Wiege! Es wurde genug gestichelt auf sie — von den Frauen, die gela-gen kamen, um zu Maren zu sagen: „Na, wie gefällt dir das denn, auf deine alten Tage wieder was Kleines zu kriegen?“ Und von den anderen Fischern, wenn Sörine Mann in den Hafen oder ins Wirtshaus kam. Die alten Kameraden machten in aller Gütmütig-keit ihre Anspielungen und sagten: „Der kann's — er hat noch die Kraft seiner Jugend! Sörine muß eine Runde geben!“

Aber das mußte hingenommen werden — und war ja zu ertragen. Und das Kleine war — wenn man erst die alte Geschicklichkeit wiedererlangt hatte — ein kleines Geschöpf, das an so viel der Vergangenheit Anhe-bendes erinnerte. Es war wirklich, als ob man selber dieses Kind bekommen hätte — es brachte Jugend ins Haus.

Rein unmöglich war's, so ein kleines hilfloses Geschöpf nicht lieb zu haben!

Hervorragende Tat einer Belegschaft

Hilfe für die Schwerstkrankenbeschädigten Die Belegschaft der Heidelberger Schnellpressenfabrik hat auf Vorschlag des komm. Betriebsratsvorsitzenden Alfr. Eismann, eine Sonderschicht abgeleitet, deren Betrag von nahezu 1000 DM den Schwerstkrankenbeschädigten des Krankenhauses der Landesversiche-rungsanstalt in Wiesloch zur Beschaffung von Ober- und Unterwäsche zur Verfügung gestellt werden soll. Bisher konnten sich diese armen Menschen, die monatlich nur einen Betrag von 15 DM erhalten, noch nicht einmal Schuh- oder Wäscherparaturen leisten, geschweige denn irgendeine Neuschaffung. Die hochherzige Hilfe der Schnellpressenbelegschaft ist ein Vor-wurf gegen die Stellen, die den „Dank des Vaterlandes“ an die Armsten in 15 DM abstat-ten! Sie sollten sich von den Arbeitern nicht so beschämen lassen.

KARLSRUHE

Kissel-Kaffee Groß-Rösterei

Kissel-Kaffee täglich frisch geröstet!

Annahme von Lohnröstungen Kaiserstr. 150 - A. Toesingstr. 51

Spielplan bad. Staatstheater

Spielplan für die Woche vom 26. Juni bis 3. Juli 1949

Sonntag, 26. Juni, 11.00 Uhr: Richard-Wagner-Morgenfeier in Verbindung mit dem Richard-Wagner-Verband deutscher Frauen: 19.30 Uhr: „Aufbruch im Damenstift“, Komödie von Axel Bredahl.

Montag, 27. Juni, 19.30 Uhr: „Die Försterchristi“, Operette von Jarno.

Dienstag, 28. Juni, 19.30 Uhr: „Aida“, Oper von Verdi (Kultur-bund, 3. Reihe).

Mittwoch, 29. Juni, 19.30 Uhr: „Michael Kohlhaas“, Schauspiel von Arnolt Bronnen (Akte C und fr. Kassenverkauf).

Donnerstag, 30. Juni, 19.30 Uhr: IV. Symphoniekonzert der Bad. Staatskapelle (Nachholung). Dirigent: Otto Matzerath. Solistin: Eva Maria Woertz (Klavier).

Freitag, 1. Juli, 19.30 Uhr: Gastspiel der Städtischen Bühnen Heidelberg: „Tannhäuser“, Romant. Oper v. Rich. Wagner.

Samstag, 2. Juli, 19.30 Uhr, bei volkstümlichen Preisen: „Der wahre Jakob“, Schwank von Arnold und Bach.

Sonntag, 3. Juli, 14.00 Uhr: 1. u. 2. Fremdenmiete: „Lohen-grin“, Romantische Oper von Richard Wagner. 20.00 Uhr: „Försterchristi“, Operette von Jarno.

Montag, 4. Juli, 14.30 Uhr: „Der Barbier von Sevilla“, Komische Oper von Rossini. 19.30 Uhr: „Michael Kohlhaas“ (geschl. Vorstellung für Kulturgemeinde).

Dienstag, 5. Juli, 19.30 Uhr: „Aufbruch im Damenstift“, Ko-mödie von Axel Bredahl.

Mittwoch, 6. Juli, 19.30 Uhr: „Rigoletto“, Oper von Verdi. (Platz-miete C und freier Kartenverkauf).

SINNER BIER

„Alte Volksfürsorge“ Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Lebensversicherungsgesellschaft

Geschäftsstelle Mannheim, K 1, 16  
Geschäftsstelle Karlsruhe, Ettlinger Straße 5a  
Geschäftsstelle Pforzheim, Friedrich-Ebert-Straße 32  
Geschäftsstelle Heidelberg, Riedstraße 2

Massenmord in Karlsruhe

an den Preisen — so billig wie noch nie  
Schuhe ab 2,—, Kleider ab 4,—, Mäntel ab 12,—, Kostüme ab 15,—, D'Jacken ab 1,50, H'Anzüge ab 28,—, H'Ledermäntel ab 120,—, H'Schafstiefel ab 18,—, K'Schuhe ab 1,50, Damenschuhe ab 5,—, Kopfkissen ab 3,—, Leintücher ab 8,—, Bezüge ab 10,—, wenig gebraucht, in bestem Zustand, Radio ab 49,—, H' u. D'Armbanduhren 15 St., ab 35,—, sowie Teppiche, Brücken, Geschir, Bestecke, Musikinstrumente, Bü-cher ab — 50,—, Tennisschläger, Wohnz.-Lampen ab 5,—, Kinderwagen ab 8,—, Grammophone ab 8,— u. vieles and. — 100 neue lange Herren-hosen, wollgemischt, — Gelegenheit, nur 28,50 DM. Gelegenheit: neue Wolliüschteppiche, Persermuster, Exportware, 2 x 3 m, 45,— DM, Haargarteppiche, 2 x 3 m, 21,— DM.  
W. Drost, An-u. Verkauf gebr. Gegenstände aller Art, Karlsruhe, Winterstraße 4, Telefon 5268, beim Café am Zoo, 8 Min. v. Hauptthf.

Karlsruher Filmtheater zeigen:

Freitag bis Montag: Atlantik, Marianne Hoppe, Das verloren Gesicht  
Dienstag bis Donnerstag: Spannend und dramatisch, Abenteuer in Brasilien  
Ein einmaliges Filmespektakel! Das berühmte Werk Dostojewski mit Gérard Philippe, Edwige Feuillère in: „Der Idiot“  
Dämonische Leidenschaft, brutale Genußier und dazwischen die Klarheit einer unverstandenen reinen Seele.  
Täglich 13., 15., 17., 19., 21. Uhr, Sa. auch 23. Uhr.  
Ab 1.7. täglich 12.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00 Sa. und So. auch 23.00 Uhr  
Margot Hielscher in „Hallo, Fräulein“ ein Film mit Schwung und Musik.  
TEUFELSKERLE mit Spencer Tracy und Mickey Rooney  
Unsere Sonderveranstaltungen: Freitag, Samstag 23 Uhr Sonntag Matinee 10.30 und Spätvorstellung 23.00 „Unter den Äschern v. Paris“  
Täglich 13.00, 15.00, 17.00, 19.00 und 21.00 Uhr

ADLER Reise-Schreibmaschinen Neuer Preis 325.- DM ab Werk, ab Lager lieferbar Otto Lampson Karlsruhe Waldstr. 47, Tel. 6993

Gute Lederschuhe zu Friedenspreisen! In Boxk. Herrenschuhe Rahmenarbeit . . . DM 18.50 In Boxk. Damenschuhe Rahmenarbeit . . . DM 16.50 Kinderhalbschuhe stabil 27-30 . . . DM 9.50 Damen-Strapen-Staifschuhe . . . DM 5.90 Schuhhaus Waltz & Würthner Kaiserstr. 153, bei Café Leinweber

Schuh-Zepf, Zähringerstr. 51 Anlässlich meines Jubiläums besonders herabgesetzte Preise Sandaletten von DM 4.50 an

Dem Einsamen hilft Eheanbahnung Ernesti & Speth Karlsruhe, Bismarckstraße 55

Das große Spezialgeschäft: HERDLADEN SOMMER & Co. Herrenstr. 25 Ecke Erbprinzenstraße

Formvollendung ohne Zwang — ungeahntes Wohlfühlver-bürgt! Thalysia-Formentzüge, für jedes Alter, jeden Zustand der Figur, Feh-besserung unver-bändlich, Druck-schrift kostenlos.  
THALYSIA  
Alleinvertriebler: Reformhaus Alpin, Karlsruhe Adlerstr. 36, Haltestelle Kriegstr.

Das elegante Herren-Kleid vom HOLLenschläger Douglasstraße 5

THOME-MÖBEL In bekannter Qualität Karl Thome & Cie., Karlsruhe Herrenstraße 33 - Telefon 5623 Inneneinrichtungen • Möbelfabrik

Ein beachtenswertes Angebot in BETTWÄSCHE Wäschetuch, 80 cm breit, für Leib- und Bettwäsche . . . 2.15 2.30 Handtuch, 80 cm breit, besonders kräftige Ware . . . 2.50 Krottentuch, 160 cm breit, für Oberbetthücher . . . 4.70 5.40 Handtuch, 150 cm breit, Viertelkanten in Qualität . . . 5.60 Halbleinen, 160 cm breit, mit verstärkter Mitte . . . 6.10 6.90 Bettendamast, 130 cm breit, gestreiftes Muster . . . 4.80 5.80 Bettendamast, gebäumt, 160 cm breit . . . 6.65 Kissenbezüge, 80/80 cm groß . . . 4.80 5.90 beste Ausführung . . . 6.50 7.35

TEXTILHAUS Herstein Inh. Rudolf Kutterer Karlsruhe i.B. Herrenstr. 25 Tel. 2155

Stoffe Damenstoffe, Herrenstoffe Seidenstoffe, Baumwollwaren empfiehlt in großer Auswahl Wilhelm Braunagel jetzt: Herzstr. 23, Eingang um die Ecke

Leser! Für jede Art Eures Bedarfs findet Ihr in dieser und in den nächsten Ausgaben Eures „VOLKSECHOS“ einen Inserenten! Erinnert Euch an diesen bei Euren Einkäufen!



### NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 2. Juli bis 13. Juli 1949

**Samstag, 2. Juli, freier Verkauf:** Im weißen Rössl, Operette von Ralph Benatzky, Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Sonntag, 3. Juli, nachm., freier Verkauf:** Die Bohème, Oper von G. Puccini, Anfang 14.00 Uhr, Ende etwa 16.30 Uhr.

**Sonntag, 3. Juli, abends, freier Verkauf:** Im weißen Rössl, Operette von Ralph Benatzky, Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Montag, 4. Juli, Platzsicherung Abt. E Nr. 15:** Im weißen Rössl, Operette von Ralph Benatzky, Anfangs 19.00 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Dienstag, 5. Juli, Platzsicherung Abt. D Nr. 15:** Die Bohème, Oper von G. Puccini, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Mittwoch, 6. Juli, Platzsicherung Abt. G Nr. 15:** Die Bohème, Oper von G. Puccini, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Donnerstag, 7. Juli, Platzsicherung Abt. M Nr. 15:** Die Bohème, Oper von G. Puccini, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Freitag, 8. Juli, freier Verkauf:** In neuer Inszenierung: Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Samstag, 9. Juli, vorm., ohne Kartenverkauf:** Für Schüler höherer Lehranstalten: Wilhelm Tell, Schauspiel von Friedrich v. Schiller, Anfang 10.00 Uhr, Ende etwa 12.45 Uhr.

**Samstag, 9. Juli, abends, freier Verkauf:** Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Sonntag, 10. Juli, nachm., freier Verkauf:** Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare, Anfang 15.00 Uhr, Ende etwa 17.30 Uhr.

**Sonntag, 10. Juli, abends, freier Verkauf:** Was ihr wollt, Lustspiel von W. Shakespeare, Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Montag, 11. Juli, vorm., für Schüler der Volksschulen Ludwigschafen:** Wilhelm Tell, Schauspiel von Friedrich v. Schiller, Anfang 10.00 Uhr, Ende etwa 12.45 Uhr.

**Montag, 11. Juli, abends, ohne Kartenverkauf:** Für Schüler höherer Lehranstalten: Carmen, Oper von Georges Bizet, Anfang 17.00 Uhr, Ende etwa 20.15 Uhr.

**Dienstag, 12. Juli, freier Verkauf:** Zum letzten Male: Im weißen Rössl, Operette von Ralph Benatzky, Anfang 19.00 Uhr, Ende etwa 22.00 Uhr.

**Mittwoch, 13. Juli, vorm., ohne Kartenverkauf:** Letzte Vorstellung der Spielzeit 1948/49 für Schüler der Gewerbeschulen: Faust, Der Tragödie I. Teil von Joh. Wolfgang v. Goethe, Anfang 10.00 Uhr, Ende etwa 13.45 Uhr.

#### Schwetzingen

**Samstag, 9. Juli, freier Verkauf (Eintrittspreise 5, 8, 10 DM):** In neuer Inszenierung: Die Entführung aus dem Serail, Singspiel von W. A. Mozart, Anfang 18.00 Uhr, Ende etwa 20.30 Uhr.

**Sonntag, 10. Juli, freier Verkauf (Eintrittspreise 5, 8, 10 DM):** Die Entführung aus dem Serail, Singspiel von W. A. Mozart, Anf. 18.00 Uhr, Ende etwa 20.30 Uhr.

**Mittwoch, 13. Juli, freier Verkauf (Eintrittspreise 5, 8, 10 DM):** Die Entführung aus dem Serail, Singspiel von W. A. Mozart, Anfang 18.00 Uhr, Ende etwa 20.30 Uhr.

Inhaber von Platzmieten erhalten auf sämtliche Vorstellungen in Schwetzingen 25 % Ermäßigung.

Die Fahrtgelegenheit zu den Aufführungen in Schwetzingen (Hin- und Rückfahrt) wird noch besonders bekanntgegeben.



#### „Von Pickeln nichts mehr zu sehen“

Fräulein Christel Scheiberling, Koblenz, schreibt: „Seit einiger Zeit litt ich an hässlichen Pickeln im Gesicht, die ich auf verschiedene Weise zu entfernen suchte. Alle Bemühungen waren vergebens. Im Geheimen, die Pickel kamen noch häufiger. Als ich aber Klosterfrau-Aktiv-Puder anwandte, trat schon nach einigen Tagen Besserung ein. Jetzt ist von Pickeln nichts mehr zu sehen.“ Auch diese Zeitschrift beweist die ungewöhnlich gute Wirkung von Klosterfrau-Aktiv-Puder.

Klosterfrau, Melissegeist-, Schnupfpulver- u. Pudertabrik, Köln a. Rh.

#### KELLER-MEISTER „Körkchen“



empfeilt heute:

**Apfelsaft** 1,20  
naturrein, Liter, o. Gl.

**Dürkheimer Trauben-Saft** 2,55  
naturrein, rot 1/2 Fl. o. Gl.

**Dürkheimer Trauben-Saft** 2,75  
natur., weiß 1/2 Fl. o. Gl.

**Dreifruchtsaft - Birnensaft**  
schwarzer Johannisbeersaft

#### Weine:

1948er Oberhaardter Liter 2,40  
natur Weiswein (Rheintplatz)

1948er Westhofener Liter 2,80  
natur Weiswein (Rheinhess.)

1948er Zellertaler Liter 3,60  
natur Weiswein (Rheintplatz)

1948er Dürkheimer Liter 2,80  
natur Rotwein (Rheintplatz)

#### WEIN-PFEIFFER

G 3, 9 (Nähe Marktplatz), Schwetzingen Straße 27, Seckenheimer Straße 110, Rheinau, Stengelhofstr. 4, Mannheim, E 3, 2, Telefon 447 91, Bei Mehrabnahme Lieferung frei Haus

Inserieren im „Badischen Volksecho“ bringt Gewinn!

#### WEINHEIM

**Berufskleidung** wie sie sein soll! Solid verarbeitet und vorteilhaft im Preis, die finden Sie wieder wie früher bei

#### Delert WEINHEIM

| Einrichtungen auf Teilzahlung |         |            |
|-------------------------------|---------|------------|
| Preis ab                      | Anz. ab | mit ab     |
| Schlafzimmer                  | 650,-   | 220,- 45,- |
| Küchen                        | 250,-   | 90,- 30,-  |
| Wohnzimmer                    | 680,-   | 200,- 40,- |
| Couches                       | 180,-   | 70,- 20,-  |
| Küchenherde                   | 185,-   | 95,- 22,-  |
| Waschmasch.                   | 155,-   | 70,- 20,-  |
| Badeeinrichtg.                | 305,-   | 101,- 35,- |
| Fahrräder                     | 138,-   | 70,- 20,-  |
| Nähmaschinen                  | 285,-   | 190,- 45,- |
| Radios                        | 128,-   | 43,- 17,-  |
| Kameras                       | 87,-    | 23,- 10,-  |
| Herrenzanzüge                 | 85,-    | 45,- 22,-  |
| Kostüme                       | 87,-    | 45,- 22,-  |

(sofortige Lieferung)

durch Wohnungsvermittlg. Schäfer, Mannheim, U 4, 14, gegründet 1932.

**Heimarbeit** mit sofortigem Barverdienst, vergibt nach allen Orten bei Ein-sendung von -30 DM. Auch Übernahme einer Geschäftsstelle wird geboten. Fa. W. Schüler, (32c) Waldbröl/Rhld., Postfach.

Das „Badische Volksecho“ sucht für seinen Heidelberger Mitarbeiter sofort ein preisw. gut möbliertes

#### Zimmer

in der Altstadt (Nähe Universitätsplatz), -Angeb. zu richten an Anzeigen-Annahme Hans Hagemelster, Heidelberg, Kleine Mantelgasse 14, I, bei Barth

#### Küchen-büfett

140 cm breit, DM 195,-

#### Möbel-Schmidt

Mannheim, E 3, 2, Lieferung frei Haus!

#### Eheleute

Keine Frauensorgen mehr d. u. Weita - Dauer - Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Fr.-Lum-schlag Pharmagent Hamburg I, Postfach 708/R

#### Anzeigen-Annahme

für das BADISCHE VOLKSECHO B. Ohlmer Weinheim - Hauptstr. 88

#### Schreib- und Büromaschinen

aller Systeme repariert und reinigt schnell, sorgfältig u. preiswert Moser & Böhmroth Spezialwerkstatt für Büromaschinen WEINHEIM, Hauptstraße 7 Tel. 2743

## Film VON Heute VORANZEIGE ab Freitag

|  |   |  |
|--|---|--|
| <b>ALSTER LICHTSPIELE</b><br>D 3 6 TEL 44647 | René Deltgen<br>Angelika Hauff - Gardy Granat<br>„TROMBA“<br>Beginn: tägl. 14.00, 16.30, 19.15, 20.30 Uhr   | René Deltgen<br>Angelika Hauff - Gardy Granat<br>„TROMBA“  |
| <b>Capitol</b><br>AM MESSPLATZ TEL 51186     | René Deltgen<br>Angelika Hauff - Gardy Granat<br>„TROMBA“<br>Beginn: tägl. 14.00, 16.30, 19.00 und 21.00 Uhr  | René Deltgen<br>Angelika Hauff - Gardy Granat<br>„TROMBA“  |
| <b>PALAST</b><br>BREITESTRASSE 31.6          | Donnerstag letzter Tag!<br>Der große Filmerfolg<br>Spencer Tracy, Ingrid Bergmann in<br>„ARZT UND DÄMON“<br>in deutscher Sprache<br>10.15 11.45 13.45 15.45 17.45 20.00 | Der Kriminalfilm von Format<br>Heidi Kürschner, Heinz Engelmann in<br>„BLOCKIERTE SIGNALE“<br>10.15 11.45 13.45 15.45 17.45 20.00<br>Vorverk. 16.30 Uhr<br>Telephon 445 35 |

### BETTEN

**METALLBETT**  
Couchform, eifen-bein, 90/190 cm 25,40

**METALLBETT**  
stabile Ausführg., mit leicht. Trans-portschäden, 90/190 cm 26,56

**WOLDECKE**  
mit Strüfen, 140/190 cm 23,52

**MATRATZE**  
aus gut. Jacquard-drell, Füllung: Wolle u. Seegras, 90/190 cm 65,-

Sprichwörtlich ist unsere große Auswahl u. Preiswürdigkeit in Schlafzimmern und Küchen

**KAUFHAUS VETTER MANNHEIM**

### Plisseearbeiten

Hüte reinigen und aufbügeln  
Annahme ab sofort wieder. Kurze Lieferzeit.

## Färberei Bischoff & Co.

CHEM. REINIGUNG · PLISSEEBRENNEREI

Telefon-Nummer 419 78  
Mannheim: Qu 4, 19 - Mannheim-Rheinau: Pfingsbergstr. 38; Berlinhof, Karlsruhe Straße 3 - Waldhof: Alte Frankfurter Straße 18 - Mhm.-Friedrichsfeld: Wallonenstraße 20 - Lindenhof: Meerfeldstraße 59

### IHR PHOTO-SPEZIALIST

KAMERAS aller Fabrikate  
aut Wunsch auch auf Teilzahlung

ZUBEHÖR in reicher Auswahl  
KAMERA-TAUSCH  
PHOTO-ARBEITEN schnell und erstklassig

## PHORA

MANNHEIM, M 5, 3 Telephon 42551

## Bohn

DIPL. OPTIKER  
Mannheim O 6, 9  
am Universum

### Waldhof-Drogerie

Jean Schmidt KG.  
Mhm.-Waldhof, Oppauer Str. 23  
Tel. 594 36

Foto - Kino - Abteilung

**HEKA** Schokolade  
schafft in der höchsten Glanz auf Deinem Tisch!

### Preiswerte

MARKEN  
Fahrräder!

Günstige Zahlungsbedingungen

**Pfaffenhuber**  
Marktplatz Mannheim H 1, 14

### Alleinverkauf der Mercedes-Rieker-Hassia Schuhe

**Schuh-Grimm**  
Oppauerstr.-Ecke Altrheinstr. Tel. 52298

Moderne Herren-Anzüge  
2-reihig 78.- 88.-  
Sakko Anzüge 68.-  
zu verkaufen. Horst Eugen, Partiewaren, J 1, 18a

### Berthold Rösch

Färberei und Chem. Reinigung  
MANNHEIM - SECKENHEIM  
Tel. 472 93

**Stuckert**  
Mannheim G 1, 15

Reparatur  
von Nähmaschinen jeden Fabrikats auch Industrie- u. Spezialmaschinen

Die schöne Tapete.  
U. A. Wagner  
Tapeten-Handlung  
MANNHEIM AM WASSERTURM

Fahrradhaus Schreiber führt nur Markenräder  
großes Lager an Gummi und Ersatzteilen  
Neckarau, Maxstraße 43 - Tel.: 48432

### Günstiges Angebot!

Behelfslieferwagen Hansa-Lloyd  
generalüberholt, Baujahr 1938  
für DM 2500,- abzugeben.  
zu erfragen beim Verlag, S 3, 10

### Der gutmütigste Herr

vertraut auf uns!

**Sakko-Anzüge**  
68,- 98,- 114,-

**Sport-Sakkos**  
48,- 71,40 87,50

**Leinen - Sakkos**  
19,85 27,- 47,50

**Kombin. - Hosen**  
29,50 35,- 41,50

**Leder - Hosen**  
48,- 56,- 66,-

**Krawatten**  
1,95 2,70 3,30

## BRAUN

MANNHEIM · K 1, 1-3

### Billig! Billig! Billig!

## ! ROH-MÖBEL !

Betten 34,- 46,- 58,- 65,-  
Nacht. 22,- 28,- 34,- 38,-  
Kommod. 68,- 86,- 96,- 128,-  
Schrank, eintrig 80,- 90,-  
zweitr. 110,- 126,- 134,- 148,-  
dreitr. 178,- 210,- 225,- 235,-  
viertür. 210,- 360,-  
werden auf Wunsch fertig  
verarbeitet

**HCH. BAUMANN & CO.**  
Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Wirtschaftliche Vorteile  
gerechte Preise  
Rückvergütung  
(ab 1.7.49)  
sichert der Einkauf im

## KONSUM

Werbe-Mitglied!

**KONSUM**

Verteilungsstellen in allen Stadtteilen

### Elektro-Lösch

Mannheim, D 4, 17, Tel. 51747

**Licht Kraft Radio**

Neuinstallation elektr. Licht-, Kraft- und Radioanlagen. Reparaturen, Verkauf von Beleuchtungskörpern und elektr. Haushaltsartikeln

### Werner's

moderne Kleiderpflege  
chem. Reinigung  
Mannheim, S 3, 13  
Betrieb U 1, 6  
Tel. 434 24

### WEINPROBE

„Zum goldenen Ochsen“  
Inh. Wilh. Singer  
H 5, 21  
Ausverkauf und Straßenverkauf  
von nur prima Qualitätsweinen

**SELBSTBEDIENUNG**

Ihre Bettstätte  
repariert, verstärkt u. bespannt neu  
**HCH. HEITMANN**  
Waldhofstraße 18, Telefon 52265

Ueber  
50 Modelle!

in **Kinderwagen** u. **Sportwagen**  
ab 38.50  
stehen zur Auswahl  
Zahlungserleichterung!

**Walter Weizner**  
vorm. Kühne & Aulbach  
Das große Spezialgeschäft  
**Mannheim**  
Holzstraße 5 Nähe Rathaus K 7  
4 Minuten von der Friedrichsbrücke

### Küchen

schon bei  
**20% Anzahlung**

Große Auswahl - niedrige Preise  
Überzeugen Sie sich unverbindl.

**Die Einrichtung** G. m. b. H.  
vorm. Kieser & Neuhaus  
Schwetzingen Straße 82/88  
Ecke Wallstatstraße  
Kein Laden!

**Damen-Leinenschuhe**  
kräftig  
für Haus und Garten 5.90

**Damenschuhe** zweifarb.  
reine Leder ausführung  
mit Blockabsatz 14.75

**Damen Sandaletten**  
modisch  
durchgefärbte Leder 19.50

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

## KÖSTER

am Paradeplatz

## HOTEL

RHEINBRÜCKEN

Jeden Samstag  
**Unterhaltungs-Musik**  
und Tanz

Jeden Sonntag  
**Unterhaltungs-Musik**